

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Freunden, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die Expeditionen

unserer Parteiblätter, sowie der Presseorgane der Gewerkschaften werden ersucht, zur Aufstellung einer Liste sämtlicher Partei- und Arbeiterblätter den Titel ihres resp. Blattes, sowie den Ort und die Art des Erscheinens — ob täglich, wöchentlich oder monatlich — an
 J. Auer,
 Berlin SW., Raabachstr. 9 L.
 gelangen zu lassen.

Die neue Einkommensteuer.

Unter den zahlreichen Vorlagen, welche die „Reform-Kommission“ einleiten sollen, kann der Entwurf eines neuen Einkommensteuer-Gesetzes das meiste Interesse für sich in Anspruch nehmen. Angaben, freilich meist unbestimmten Charakters, so namentlich, daß die Selbstdeklaration in Aussicht genommen sei, haben einige Zeitungen schon früher gebracht und in der Thronrede ist verkündet worden, daß die jetzt bestehende Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer zu einer einheitlichen Steuer vereinigt, daß die Steuerfätze zweckmäßiger gestaltet und durch Einführung der Deklarationspflicht, sowie durch eine andere Organisation der Einschätzungsbehörden und des Verfahrens eine sichere und der Wirklichkeit mehr entsprechende Veranlagung des steuerpflichtigen Einkommens herbeigeführt werden solle.

Das gegenwärtig zu Recht bestehende Einkommensteuer-Gesetz greift mit seinen hauptsächlichlichen Bestimmungen bis 1851 zurück und hat in den Jahren 1873-77 und 1883 eine Anzahl von Aenderungen und Zusatzbestimmungen erfahren. Wir müssen den Hauptinhalt desselben als bekannt voraussetzen und bemerken hier nur, daß eine Klassensteuer mit festen Steuerfätzen die Einkommen von 900-3000 M. in 12 Stufen umfaßte, während die klassifizierte Einkommensteuer mit prozentual berechneten Steuerfätzen von Einkommen über 3000 M. bezahlt werden mußte. Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform der direkten Steuern überhaupt, nicht bloß der Einkommensteuer, wird seit geraumer Zeit von allen Seiten anerkannt, sagt einleitend die Begründung, welche dem neuen Regierungsentwurf beigegeben ist. „Die Mängel und Schäden des bestehenden Zustandes sowie die Mittel und Wege zu ihrer Abhilfe sind seit einer Reihe von Jahren in den Verhand-

lungen des Landtages, in der Wissenschaft, in der Presse, in Versammlungen u. s. w. von den verschiedensten Standpunkten aus einer so ausgiebigen öffentlichen Erörterung unterzogen worden und die einzelnen Stadien, welche die Frage namentlich seit dem Jahre 1883 durchlaufen hat, sind noch in so frischer Erinnerung, daß eine historische Darlegung entbehrlich erscheint.“

Thatsächlich sind unter der Herrschaft des bestehenden Einkommensteuer-Gesetzes in vielen Theilen Preußens so schlechte Steuerfitten eingerissen, um uns dieses von der Finanzwissenschaft bereits adoptirten Ausdrucks zu bedienen, daß ein angesehenes Mitglied einer der Fraktionen unseres Landtages im Jahre 1883 sich den Ausspruch erlauben konnte: „Meine Herren, in Steuerfassen betragen wir Alle“, ohne damit in dieser gesetzgebenden Versammlung Widerspruch zu finden. Wir erinnern dabei an die neueren Vorkommnisse im westlichen Theile Preußens, die bekannten Steuerstandale in Bochum, von denen die Zeitungen berichtet haben. Es ist reiner Zufall, daß es gerade Bochum ist, wo diese häßlichen Zustände ans Tageslicht gekommen sind.

Die „Begründung zu dem Entwurf eines Einkommensteuer-Gesetzes“ giebt die Bestimmung, daß den minder bemittelten Bevölkerungsschichten weitergehende Erleichterungen zu gewähren seien, als eines der Leitmotive an. Man würde zunächst voraussetzen, daß ein höheres Existenzminimum festgesetzt und steuerfrei gelassen sei, umso mehr, als diese Bevölkerungsschichten durch die indirekten Steuern, durch unsere Zoll- und Theuerungspolitik unverhältnißmäßig stark herangezogen werden. Diese Voraussetzung trifft jedoch nicht zu: der Regierungsentwurf läßt die Steuerpflicht mit einem Einkommen von über 900 M. beginnen und bringt in dieser Beziehung keine Aenderung der bestehenden Einkommensteuer. In der „Begründung“ wird in dieser Hinsicht gesagt, daß die Bestrebungen der Staatsregierung zwar seither auf die gänzliche Freistellung sämtlicher Einkommen von nicht mehr als 1200 Mark gerichtet gewesen seien. Ungeachtet der dringlichen Befürwortung ihrer hierauf gerichteten Vorschläge habe sie aber nur die durch das Gesetz vom 26. März 1883 angeordnete Aufhebung der beiden untersten Stufen der Klassensteuer erreichen können. Die im damaligen Regierungsentwurf wiederholt vorgeschlagene Befreiung der Personen mit einem Einkommen von 900 bis 1200 M. habe im Hause der Abgeordneten von keiner Seite wirksame Unterstützung gefunden und nach diesen Erfahrungen glaube die Staatsregierung ihren früheren Vorschlag nicht wiederholen zu dürfen.

Wir sagen im Gegentheil: wenn es 1883 mit einem

einzigem Anlauf gelang, die zwei untersten Stufen der Klassensteuer aufzuheben und steuerfrei zu erklären, so ist es Pflicht der Regierung, bei einer neuen Vorlage die Bestrebungen, die sie noch jetzt als berechtigt und sogar als dringlich ansieht, aufs neue geltend zu machen. In einer Zeit, wo alle Welt in Sozialreform machen will, würde im Abgeordnetenhaus dieses Mal gewiß und selbst noch mehr zu haben sein, was 1883 nur theilweise erreicht werden konnte.

Nachdem also eine höhere Festsetzung des steuerfreien Einkommens nicht in Aussicht genommen ist, können die „weitergehenden Erleichterungen“, die man den minder bemittelten Bevölkerungsschichten gewähren will, darin bestehen, daß die entsprechenden Stufen der neuen Einkommensteuer mit niedrigeren Sätzen herangezogen werden, als bis jetzt der Fall ist. Wir stellen in dieser Beziehung die bestehenden Steuerfätze den vorgeschlagenen gegenüber, insofern sie die untersten Stufen, die uns hier hauptsächlich interessieren, betreffen.

Stufe	Steuerfatz: bisher	vorgeschlagen
900-1050 M.	6,75 M.	6 M.
1050-1200 "	9 "	9 "
1250-1350 "	13,50 "	12 "
1300-1500 "	18 "	16 "
1500-1650 "	22,50 "	21 "
1650-1800 "	27 "	26 "
1800-2100 "	31,50 "	31 "
2100-2400 "	36 "	36 "

Wie man sieht, sind die versprochenen Erleichterungen zwar angedeutet, thatsächlich jedoch so gut wie von keiner Bedeutung. Wirklich legt der Regierungsentwurf den Nachdruck nicht auf diese etwas moderirten Steuerfätze, sondern „glaubt die Mittel zur weiteren Erleichterung des Steuerdruckes der ärmeren Bevölkerungsschichten in solchen Einrichtungen finden zu sollen, welche eine größere Berücksichtigung vermindeter Leistungsfähigkeit gestatten.“

Es entspricht dem Wesen der Einkommensteuer überhaupt und bildet ihren Vorzug vor der Ertragsteuer, daß die persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen berücksichtigt werden können. Die Ertragsteuer sieht das steuerpflichtige Objekt (Grund, Haus, Gewerbe, Kapital) als ertraggebend an und nimmt keine Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse des Besitzers, ob er verheirathet ist und Kinder und gar noch arme Verwandte hat oder nicht, ob er gesund oder kränzlich, ein tüchtiger oder minder tüchtiger Wirthschafter ist. Die Einkommensteuer dagegen wendet sich an das Einkommen beziehende Subjekt selbst und kann dessen persönliche Verhältnisse in Berücksichtigung ziehen. Die (wissenschaftliche) Entwicklung der Einkommensteuer geht wirklich dahin, sich mehr und mehr zu individualisiren, das steuerpflichtige Subjekt in

Feuilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Endlich hatte die Gewalt des Sturmes etwas nachgelassen, er verließ das schirmende Dach und beginnt wieder aufwärts zu steigen. Die Dunkelheit drohte hereinzubrechen, der Nebel ließ ihn schon einige Male vom Wege abirren, er knirschte vor Ungeduld. Da bemerkt er die Holzhauerhütte, er schleicht näher, die Thür steht offen. Andreas greift nach der Brust, nach einem Gegenstand, den er daselbst verborgen, und geht hinein.
 Die Hütte ist leer. Aber am Herde glimmt es noch unter der Asche, er legt Holz zu, um besser zu sehen, und da bemerkt er ein Tuch auf der Bank, feucht vom Regen, das Tuch einer Weibsperson. Sie waren also hier gewesen. . . . Beide . . . sie können nicht weit sein. Er verläßt die Hütte und war kaum einige Schritte gegangen, als sein Fuß über einen am Boden liegenden Gegenstand hinstößt.
 Er beugt sich herab, es ist der Körper einer Frau, und da liegt sie unbeweglich und starr, einer Todten gleich. Franzel! Er wirft sich neben ihr nieder und nimmt sie in seine Arme, aufheulend in wildem Entsetzen. Aber er sieht, daß ihr Herz noch schlägt und er trägt sie in die Hütte zurück, und bettet sie auf die Stren, nahe dem Herde. Und er legt weitere Scheite hinzu, daß es bald hell aufstrahlt, und der rothe Schein die ganze Hütte erleuchtet. Dann wendet

er sich wieder ihr zu, er scheint hundert Arme zu haben und unermüdlische Kraft.

Und jetzt, endlich ist sie erwacht und starrt ihn groß an, mit schredenerfüllten Augen.

„Franzel!“ ruft er, „kennst Du mich nicht mehr, oder willst mich nicht kennen? Ich denk', ich hätt' mich nicht so verändert wie Du.“ — Ein Feuer, heiß und unstät, schien sich in seinen Augen zu entzünden, als er das Mädchen ansah, das sich auf seinem Lager aufgesetzt hatte.

„Du bist eine Andere geworden — so schön — so blaß — aber jetzt sag', was ist Dir geschehen?“

Und nun dringt er in sie, ihm zu sagen, ob sie gestürzt sei, ob sie verletzt oder krank, und er fragt, wo ihr Liebster geblieben, er will es wissen. Er hat ihn heraufsteigen sehen; und wie kommt es, daß er sie hier allein findet und benutzlos? Sie senkt ihr Haupt und verbirgt ihr Gesicht in das wollene Tuch, das ihre Schulter umhüllt. Er reißt es mit roher Gewalt von ihrem Antlitz hinweg: „Du sollst Dich nicht abwenden, Du sollst mir in die Augen schauen. Kannst es nicht? Schämst Dich? Oder hast Angst, daß jetzt der Augenblick der Vergeltung gekommen ist für Alles, was Du mir angethan, Du und er, aber Du zumeist, ja Du — Du —.“ Und nun in leidenschaftlicher Hast die Worte überstürzend, sprach er ihr von den Leiden der Gast und was er Alles erduldet, und nun folgen Vorwürfe und Beschuldigungen. Sie war ihm Alles, er ihr nichts, und sie hatte sich nicht mehr um ihn gekümmert, als um einen tollen Hund, den man ihr weggesaugen. Kein Wort des Trostes hatte sie für ihn gefunden, ihm nicht einmal geschrieben oder nach ihm gefragt, vielleicht nicht einmal an ihn gedacht. Sie hatte sich wohl gefreut, daß er eingesponnen war und nicht mehr mitzählte unter

den Menschen? Und je mühsamer er sprach, und je mehr seine Rede zu einem Stammeln wurde, um so lauter ward seine Stimme, um so mehr exaltirte er sich.

Sie aber sah da wie versteinert, die Zähne zusammengebissen und nur von Zeit zu Zeit von einem Schauer durchdrüttelt.

Da sagte er sie plötzlich an.

„Sprich!“ schrie er. „Du sollst reden! — Dich versteh ich, Du weißt es — und ich will erfahren, was Du getrieben — was aus Dir geworden —“, er brach plötzlich ab und in ein wildes Lachen aus. „Du willst nicht, gelt, willst es nicht sagen, aber ich weiß es ohnedies — Du —“

Seine bebenden Lippen schlenderten ihr das entehrendste Schimpfwort entgegen.

Sie sprang in die Höhe, wie emporgeschleunigt von Entsetzen und unsäglicher Pein, und als er sofort nach ihr griff, stieß sie ihn zurück mit einer Kraft, die ihn taumeln machte.

Er brüllte auf. In der nächsten Sekunde blühte ein Messer, sie sah es, unwillkürlich sprang sie zurück, als er aber aufs Neue gegen sie einbrang, brach sie in die Knie und ihr Haupt in den Händen bergend, schien sie den Todesstoß zu erwarten.

Er aber schlenderte den Mordstahl von sich, und im raschesten Umschwung der Gefühle sank er neben sie auf die Knie und brach in ein krampfhaftes Schluchzen aus, und bat und flehte um ihre Verzeihung.

Und sein aufrichtiger Schmerz löste die starre Rinde, die sich um ihr Herz gelegt, und sie weinten nun Beide, weinten heiße und erlösende Thränen.

Das Mitleid war über sie gekommen; sie fühlten, daß sie sich gegenseitig verjüngt und so viel abzubitten hatten

allen seinen tatsächlichen Verhältnissen zu erfassen und denselben Rechnung zu tragen. Die verschiedenen Steuer-Gesetzgebungen haben diese Aufgabe auf verschiedenen Wegen zu lösen gesucht und z. B. das steuerfreie Einkommen für ledige, für Verheirathete und für Wittwen mit Kindern verschieden hoch festgesetzt. So werden nach dem Steuergesetz des Kantons Baselstadt steuerpflichtig „Personen ledigen Standes bei einem Einkommen von über 800—1200 Frks., Verheirathete, welche eigenen Haushalt führen, und Wittver, welche mit unerwachsenen Kindern in gemeinsamen Haushalte leben, bei einem Einkommen von über 1200—1500 Frks., und endlich Wittwen mit minderjährigen Kindern bei einem Einkommen von über 1500—1800 Frks.“

Der Regierungsentwurf bestimmt in dieser Beziehung Folgendes. (§ 18.)

„Für jedes Familienmitglied unter 14 Jahren wird von dem steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungsvorstandes, sofern dasselbe den Betrag von 3000 M. nicht übersteigt, der Betrag von 50 M. in Abzug gebracht.“

Angenommen z. B. das Einkommen eines Steuerpflichtigen betrage 1300 M., so würde der betreffende Steuerjah 12 M. betragen. Wenn er jedoch 4 Kinder unter 14 Jahren hat, so werden von der Höhe der Einkommenssumme $4 \times 50 \text{ M.} = 200 \text{ M.}$ abgezogen, so daß er jetzt 1100 M. zu versteuern und dafür einen Steuerjah von 9 M. zu entrichten hat. Weil er 4 Kinder hat, so muß er ganze 3 M. jährlich weniger Steuer bezahlen, auf ein Kind 75 Pf. Und das nennt sich ein „Mittel zur weiteren Erleichterung des Steuerdruckes der ärmeren Bevölkerungsklassen“.

„eine Einrichtung, welche eine größere Berücksichtigung vermindelter Leistungsfähigkeit gestattet.“ Ein mittlerer Beamter mit 2400 M. ohne Kinder bezahlt 36 M. Steuer. Wenn er aber 11 Kinder zu erhalten hat, so wird er um 2 Stufen niedriger besteuert und bezahlt alsdann 26 M., d. h. für jedes Kind 91 Pf. weniger pro Jahr. Man sieht, das in der „Begründung des Regierungsentwurfs“ angegebene Motiv, bei den geringen Einkommen allgemein einen Abzug nach Maßgabe der Zahl unerwachsener Kinder zuzulassen, kommt in der Regierungsvorlage zwar an deutungsweise zum Ausdruck, der vorgesehene Abzug tritt jedoch nur bei einer größeren Anzahl von Kindern ein und ist auch hier von keiner oder doch nur von sehr geringer Bedeutung.

Schon in dem gegenwärtig bestehenden Steuergesetz wird die Berücksichtigung besonderer persönlicher Verhältnisse zugelassen. Der Regierungsentwurf will eine größere Berücksichtigung vermindelter Leistungsfähigkeit zulassen und bestimmt in dieser Hinsicht (§ 19), daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als 3000 M. eine Ermäßigung der vorgeschriebenen Steuerjah um höchstens 3 Stufen, bei einem solchen von 3000—6000 M. eine Ermäßigung um höchstens 2 Stufen zu gewähren sei. Als Verhältnisse dieser Art sollen lediglich außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle in Betracht kommen.

Es ist richtig, daß bei einer Einkommensteuer, welche die persönlichen Verhältnisse berücksichtigen will, der diskretionären Verfügung der Steuerbehörden ein gewisser und nicht zu enger Spielraum gelassen werden muß, weil die Verhältnisse und Kombinationen zu mannigfach sind, als daß sie im Steuergesetz vorgesehen werden könnten. Aber der Umstand, daß neben dem § 18, welcher einen Abzug nach der Zahl unerwachsener Kinder festsetzt, in einem besonderen Paragraphen (19), der die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse berücksichtigen will, die „außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung des Kindes“ noch einmal besonders erscheint, beweist, daß die Regierung selbst das

Unzulängende und Problematische dieses § 18 eingesehen hat. Tatsächlich betrachten wir denselben für nichts weiter, als für ein dekoratives Beiwerk, eine Spielerei, und sprechen ihm, wenn an einem Abzug bloß in der Höhe von 50 M. für jedes Kind festgehalten werden soll, jede Bedeutung ab. Der § 18 darf neben dem § 19 ohne Weiteres verschwinden, umso mehr, wenn man die Kompetenz der Einschätzungs- bzw. Veranlagungsorgane auf eine Ermäßigung der Steuerjah um 4, resp. um 3 Stufen ausdehnen würde.

Korrespondenzen.

Hamburg, den 15. November. Gestern fanden endlich, nach siebenmonatlicher Unterzuckungshaft, die noch übrigen 16 Opfer (so darf man sie wohl nennen) des bekannten Steinstraßen-Krawalls vom Mai d. J. vor dem ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Als Hauptanführer erscheint der 19-jährige Knabe Grünwald, dem von seinen Lehrern das beste Zeugnis ausgestellt worden ist. Zwei weitere Angeklagte haben erst während der Untersuchungszeit das 18. Lebensjahr erreicht.

Diese drei werden des qualifizierten Aufruhrs beschuldigt, die übrigen Angeklagten des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und geringerer Vergehen. Die Verhandlung endete damit, daß die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis zu 1 Jahr verurteilt wurden. Nur einer wurde freigesprochen. Vier wurden 3 Monate von der Untersuchungszeit in Anrechnung gebracht. Wegen Fluchtverdachts wurden 5 der Verurteilten sofort wieder verhaftet. Die Mehrzahl von den jetzt Abgehurten hat nur die Unvorsichtigkeit zu büßen, zur Zeit des Krawalls sich in den betreffenden Straßen befunden zu haben.

Der Gerechtigkeit ist also Genüge geschehen. Das Sonderbarste in diesem Prozesse war, daß der Staatsanwalt Dr. Köpfer die Gelegenheit ergriff, die Sozialdemokratie für die Maitrawalle moralisch verantwortlich zu machen! Diefelbe habe mit „ihrem Zukunftsstaate die Köpfe der Menge verwirrt!“ Die siebenmonatliche Untersuchung hat doch gewiß mit dazu dienen müssen, genau festzustellen, ob unter den Angeklagten sich irgendwie ein sozialdemokratisch Anrührer befand. Die Untersuchung nach dieser Richtung ist jedenfalls negativ verlaufen. Aber der „sozialistische Zukunftsstaat“, der jetzt wieder in beängstigender Weise in den Köpfen der Bourgeois umher spuckt, muß doch an dem Krawalle schuld gewesen sein. Eine größere geistige Beschränktheit, wie sie sich hier dokumentiert, läßt sich doch wohl kaum denken, das geht noch über die Richter'schen „Fehlern“!

Herr v. Haase, der Direktor der hiesigen Gaswerke, der im Mai d. J. die Arbeitseinstellung seiner Leute provozierte, ohne nur für drei Tage genügend Gasvorrath zu haben und so durch die Dunkelheit der Straßen die Unruhen herbeiführte, war nicht unter den Angeklagten.

Karlsruhe, 15. Novbr. Zur Klarstellung des wirtlichen Sachverhalts über die in Friedrich a. Rh. vom dortigen Bürgermeister aufgelöste Versammlung, in welcher der Genosse E. Fleischmann über den in Halle a. S. stattgehabten Parteitag Bericht erstattete, schreibt der Genannte: Daß ich auf die Frage des überwachen Bürgermeisters Wolf, ob ich die Versammelten gegen die Regierung aufheben wolle, mit „Ja“ geantwortet habe, ist eine Erfindung des Berichterstatters der „Friedricher Tagespost“. Ebenso ist der gesammte Bericht der Wahrheit vollständig zuwiderlaufend. Die Versammlung wurde überhaupt nicht während meiner Berichterstattung aufgelöst, sondern nachdem erst noch zwei Genossen, Dillinger und Schmitt von Friedrich, in einer den dortigen Bürgermeister Wolf direkt berührenden Angelegenheit gesprochen hatten. Der erste Redner nach mir verlas einen Versammlungsbericht aus der „Friedricher Tagespost“, worin der Bürgermeister Wolf in einer von ihm selbst zum Zweck der Krankentafelgesetz-Novelle einberufenen Versammlung neben vielen anderen ähnlichen auch die Aussage gegeben: „Hödel und Nobiling seien Anhänger der Sozialdemokratie gewesen. Der zweite Redner nach mir, Genosse Schmitt, widerlegte diese Behauptung des Bürgermeisters. Als ich nun zu diesem Gegenstand das Wort erhielt, und wörtlich bemerkte, daß ich dem Herrn Bürgermeister nicht gratulieren könne, er habe mit obiger Behauptung keinen glücklichen Griff getan, erhob sich derselbe und fragte in sehr erregtem Tone: „Wie meinen Sie das?“ Seine ferneren Worte blieben mir ganz unverständlich. Ehe ich auch nur ein Wort zu sprechen vermochte, erklärte derselbe die Versammlung für aufgelöst, worauf sich die Versammelten ruhig aus dem Lokal entfernten; somit kann die angebliche Aufhebung der Versammelten nur allein im Gehirne des Berichterstatters der „Friedricher Tagespost“ existieren.

Aus Sachsen. Zur Feigheit der Nationalliberalen Sachsen. Die f. J. das „Berliner Volksblatt“ mittheilte, hatte das „Nostlicher Amtsblatt“ — und das „Leipziger Tageblatt“ — drunter dütlich diese Nachricht nach — in ganz gemeiner Weise über einen in Nostlich vom Genossen Schmidt-Burgstädt gehaltenen Vortrag berichtet. Die Versammlung selbst war gut besucht, zumal in dieser Hochburg seit 13 Jahren kein Sozialist reden durfte. Nationalliberale Größen waren anwesend, doch keiner machte den Schnabel auf. Jetzt wollten nun Stolle und später Schmidt noch einmal in Nostlich referieren, da trieben nun die nationalliberalen Männerseelen das bisher den Sozialisten zur Verfügung gestandene einzige Lokal ab. Das sind die „geistigen“ Waffen, mit denen wir in Sachsen bekämpft werden. — Doch noch eins. In Burgstädt wurde das vom Amtsblatt das vom Leipziger Tageblatt veröffentlichte Nostlicher Referat als Flugblatt gegen Schmidt vertheilt. Dieser fackelte indes nicht lange, er besetzte eine öffentliche Versammlung und lud die Verbreiter brieflich ein. Der Saal war gestopft voll, doch die feigen Verleumder waren nicht erschienen. Resolutionen, gegen die Amtsblätter vorzugehen, fanden einstimmige Annahme. Hervorheben will ich noch, daß die Vorstände des nationalliberalen Vereins und des konservativen Vereins mit einander in Verbindung traten und vor dem Besuche obiger Versammlung öffentlich warnten.

Zusatz. An die Parteigenossen des Regierungsbüros Potsdam, umfassend die Wahlkreise 1. West-Pignitz, 2. Ost-Pignitz, 3. Puppiner-Tempel, 4. Prenzlauer-Angermünde, 5. Ober-Barnim, 6. Nieder-Barnim, 7. Ost-Havelland, 8. West-Havelland, 9. Juch-Belzig, 10. Teltow-Beeskow-Storkow.

Parteigenossen! Da ein Theil unserer Wahlkreise, trotzdem dieselben im Herzen des deutschen Reiches liegen, und man schon deshalb annehmen könnte, daß dieselben zu den vorgeschrittensten gehören müßten, in der Organisation und Agitation noch weit hinter manchem ostpreussischen oder bayerischen Kreise zurück sind, und wir jetzt seit Aushebung des Sozialistengesetzes mehr Bewegungsfreiheit haben, so halten es die unterzeichneten Genossen für ihre Pflicht, hierin Wandel zu schaffen und zu berathen, auf welche Weise es möglich ist, diese Kreise, welche sich jetzt im Besitze der Konservativen und Deutschfreisinnigen befinden, für die Sozialdemokratie zu gewinnen; zu berathen, wie es möglich ist, den in der Organisation zurückgebliebenen Kreisen stärkliche Hilfe zu leisten. Zu diesem Zweck haben die unterzeichneten beschlossen, einen Parteitag für obige Kreise einzuberufen. Derselbe soll am 30. November, von Nachmittags 4 Uhr ab, in Potsdam im Lokal des Herrn Feuerherdt, Zimmerstraße 2, tagen. Wir bitten die Genossen obengenannter Kreise, aus jedem Kreise mindestens zwei Delegirte zu senden. Die vorläufige Tagesordnung ist folgendermaßen festgesetzt: 1. Bepfropfung über unsere Organisation. 2. Agitation. 3. Unsere Parteipresse. Also auf, Genossen! sendet Eure Delegirten.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag
Ferdinand Ewald, Georg Schneider,
Brandenburg-West-Havelland, Brandenburg-West-Havelland.

Fritz Haburg,
Potsdam-Ost-Havelland.
Etwa gewünschte nähere Auskunft ertheilt Ferdinand Ewald,
Brandenburg a. S., Reust., Gaidestr. 43.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. November.

Zwei Ereignisse sind es, die im gegenwärtigen Moment — über alle anderen Ereignisse des Tages hinweg — über das — die Blicke der zivilisirten Völker auf sich lenken. — Hier ein Triumph der Wissenschaft, die sich in die Dienste der leidenden Menschheit gestellt hat und nun, nachdem rastloser, aufopfernder Arbeit die Palme des Erfolges zugefallen, in Millionen und Millionen verzweifelter Herzen den Sonnenstrahl der Hoffnung ergießt und Millionen und Millionen sichere Heilung verheißt. — Dort das zersetzende Werk der chaotischen Unordnung und brutaler Selbstsucht, die am Mark der Gesellschaft nagen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als oberstes Gebot hingestellt haben, und statt die Kräfte Aller zu gemeinsamer Kulturarbeit harmonisch zu vereinigen, die Kräfte zerpfittern, den Krieg Aller gegen Alle entfesseln und die wirtschaftliche Anarchie auf den Thron erheben, unter deren Herrschaft der kleinste Zufall obwaltet und auch der geschickteste Seiltänzer und Athlet nicht im Stande ist, sich auf der Spitze des tollherunwirbelnden Glücksrades zu behaupten.

Wir meinen die große Entdeckung Koch's, durch welche der Schwindfucht dieser furchtbarsten und tödtlichsten der Krankheiten, ihr tödtlichster Stachel genommen ist, — und die Geldkrisis, welche gleichzeitig in New-York und London, als in den zwei Hauptmittelpunkten der kommerziellen Welt zum Ausbruch gekommen ist, und, wenn nicht

Einer dem Andern. Und dieses gegenseitige Mitgefühl that ihnen wohl in der schrecklichen Vereinsamung ihrer Herzen.

Und wie sie da nebeneinander saßen, so arm, so verlassen Beide, so gedemüthigt, da fühlten sie, daß sie zusammen gehörten, Kinder des Glucks, die sich wieder gefunden als Ausgestoßene der Gesellschaft.

Sie trocknete zuerst ihre Thränen und erhob sich, Ernst und Entschlossenheit waren auf ihrem Gesichte zu lesen, wie bei Einem, der einen Entschluß faßt für's Leben.

„Ich will fort,“ sagte sie leise.

„Fort?“ wiederholte der Andreas, der das Wort von ihren Lippen genommen. Sie nickte.

„Hinaus in die Welt!“ Sie drückte die Hand gegen das Herz, als wolle sie sein allzustimmendes Schlagen verhindern. Sie liebte ihn ja noch immer. . . den Oswald.

Aber in dem Augenblick, wo sie ihm Alles gegeben, hat sie auch Alles verlangt. Alles oder — Nichts. Sie kann ihn nicht theilen mit einer Anderen. Sie kann nicht.

Andreas hatte kein Auge von ihr gewendet. Er hatte ihr Schicksal und ihren Schmerz errathen, und er errieth sie nun in ihrer stillen Hoheit, die wie eine Ahnung auch in der Brust dieses Verwahrlosten gelegen. Er faltete die Hände:

„Wenn Du fort gehst, laß mich mit Dir gehen. Ich thue, was Du willst, laß mich nur in Deiner Nähe. Ich weiß wohl, Du bist nicht für mich, aber ich will nichts von Dir; ich will nichts als Dein Hund sein, der geduldig Dir nachläuft und Dich bewacht — verstöß mich nicht!“

Sie reichte ihm die Hand wie zu einem stillen Gelübniß.

„Komm!“ sagte sie.

Sie hatte sich der Thür zugewendet, blieb stehen und kam wieder zurück.

Sie legte den Plaid ab, den ihr Andreas über die Schultern geworfen, und nahm dann ein Bändchen mit einem Medaillon vom Hals. Wie auf einem Altar legte sie Alles am Herde nieder.

Nichts, was von ihm war, wollte sie mitnehmen.

Sie trat hinaus vor die Hütte. Es war völlig Nacht geworden, eine dunkle, sternlose, kalte Nacht.

Es fröstelte sie. Er zog seinen Rock aus und legte ihn ihr um die Schulter, und als sie ihn fester um sich nahm, fühlte der arme Bursche sich so stolz und so glücklich, wie niemals in seinem Leben. Er, der von Allen verachtet war, als der Unmüthigste Einer, ihn nahm die, die er liebte, zum Hüter und Schützer an. Sein Leben hatte Inhalt bekommen.

Sie gingen über die nasse Wiese, nach der entgegengesetzten Richtung, die in ein anderes Thal führte.

Bald darauf schimmerten Dichter durch den Wald.

Oswald, der Becher, Michael und einige Nachbarn, alle mit Laternen versehen, kamen vom Hegerhause herauf, um die Franzel zu suchen.

Die Sorge und Angst um das Mädchen hatte die Entzweiten für den Augenblick wieder verbunden.

Nur langsam gingen sie aufwärts. Sie leuchteten hierhin und dorthin, es wäre ja möglich, daß sie vom Wege abgeirrt und gestürzt war.

Oswald war der erste, der die Hütte betrat, dem Feuer sich nähernd, bemerkte er die Gegenstände, welche Franzel für ihn zurückgelassen.

Die qualvollste Befürchtung war von ihm genommen, sie lebte, sie war hierher zurückgekehrt, aber er verstand auch, was dies Zurücklassen bedeutete.

Das arme, stolze unglückliche Kind! Sie war von ihm gegangen, mit dem vereinsten Gefühl im Herzen, den beschuldigen und verachten zu müssen, den sie über Alles geliebt.

Siebentes Kapitel.

Der stürmischen Gewitternacht, mit ihren wolkenbruchartigen Regengüssen, war ein völlig klarer Morgen gefolgt.

In dem Häuschen, das Huber mit seinem Schwager und dessen Familie bewohnte, fand der erste Sonnenstrahl bereits Alles wach und lebendig und Frau Therese wie immer in Jan und Streit.

Sie schalt abwechselnd mit dem Manne, dem Bruder und den Kindern. Es war aber auch „zum Durchgehen“, wie sie versicherte.

Der Mann hatte noch immer keine Arbeit gefunden, und der Herr Bruder that sich auch nicht wehe.

Ehe er Ueberarbeit machte, ging er lieber zu einer Ver-

sammlung nach Neustadt. Und nachdem sie einmal auf dieses Thema gekommen, ließ sie ihrer Galle über Arbeiter-versammlungen und Arbeiterverbindungen freien Lauf und endete mit der Versicherung, daß sie alle noch an den Galgen kommen würden, was freilich, in Anbetracht der schlechten Zeiten, gerade kein Unglück wäre. Um ihm dies klar zu machen, gab sie ihm wieder einmal die Versicherung, daß sie mit dem Gelde, das er ihr täglich auf die Hand zahlte, nicht auskommen könne. Kredit habe sie nicht für einen Kreuzer, und nun drohe er ihr gar mit dem Fortziehen. Sie könne es ihm nicht verdenken; er könne ja nichts dafür, daß sie einen Mann habe, bei dem sie sich auf nichts als auf seine Dummheit verlassen könne. Aber auch ihre Geduld sei zu Ende, und wenn der Mann als Spinner keine Beschäftigung fände, so müsse er etwas anderes, das Ernte-Geld ergreifen.

In der Spiegelfabrik in Arnsdorf brauchten sie einen Beleger, und wenn der Bruder ihr zehnmal sage, daß er's dabei nicht lang machen werde, so sei ihr dies Alles eins. Ja, wenn sie die Kinder nicht hätten! Zu was für arme Leute wie sie auch noch Kinder haben müßten — im Himmel wären sie besser aufgehoben. Aber um so ein Lichter sei auch da oben kein G'ris.

„Himmelskerensbände!“ schrie sie auf, und tadelte links und rechts die Kinder ab, die sich am Boden um die wurmigen Kessel balgten, die der Sturm in der vergangenen Nacht von den Bäumen geschüttelt.

„Gleich werdet ihr dem Kleinen ein Paar geben — und Du, Pepi, frag nicht lang und greif zu — Gustel, Du wirst ihr sie lassen, oder — Misthub, Du kriechst von mir noch ein Paar dazu, daß Du nicht weinst, wo Dir der Kopf steht — mach's hinaus, und schau dich nach mehr um — in die Schul' brauchst Ihr heut nicht zu gehen — sucht Euch selber ein Essen, ich kann Euch nicht geben!“

Die Buben waren schon draußen. Auch der Huber war fortgegangen und die Theres verjagte nun sich und ihren Alten soweit herauszustehen, damit sie nicht geradezu als Bettler angesehen und behandelt, sondern ihnen der Weg

ein Wunder geschieht, ihren Rundgang halten wird durch alle modernen Staaten.

Durch die Entdeckung Koch's ist Berlin zum Mekka der heilungsuchenden Menschheit geworden, und der Ruf: *Nach Berlin! nach Berlin!*, den vor 20 Jahren mordlustig-trunkener Chauvinismus ausstieß, ertönt jetzt in allen Ländern der Erde und Tausende aus den entferntesten Welttheilen sind schon unterwegs nach Berlin, — nicht zu barbarischem Blutwerk, sondern um sich das unschätzbare Gut der Gesundheit — ja um sich neues Leben zu holen. Wenn es einen Ruhm giebt, dann ist das Ruhm; und wenn es eine Partei giebt, die diesen Ruhm voll und ganz zu schätzen weiß, dann ist es die Sozialdemokratie. Und so sehr uns jeder Personenkultus widerstrebt, und so sehr wir — auch in dem vorliegenden Falle — vor Ueberhöhung persönlicher Verdienste warnen müssen, wir wären schlechte Sozialdemokraten, wollten wir dem bescheidenen Gelehrten, der sehr wohl weiß, daß er ohne Vorarbeiter und Mitarbeiter seine große Entdeckung nicht hätte machen können, den Tribut der Anerkennung verweigern. Und zu ganz besonderer Genugthuung gereicht es uns, die Gewißheit zu haben, daß die Heilung nach diesem Verfahren, trotz der Kostspieligkeit desselben, auch dem Ärmsten wird zu Theil werden können. Entdeckungen wie die Koch'sche gehören der Welt, — und dem Deutschen Reich, innerhalb dessen sie gemacht ward, liegt die Ehrenpflicht ob, sie der leidenden Menschheit ohne jegliche Einschränkung zu erschließen.

Der „*Krach*“ ist das Mene Tebel des Kapitalismus, das wieder einmal in Flammenschrift an den Mauern des goldenen Mammontempels erglänzt. Erst suchten die entsetzten Anbeter des Obergottes Mammon sich selbst zu belegen: „es ist nur eine zufällige, nur eine augenblickliche Belegenheit — die englische Bank hilft — es ist nichts, — die Krise ist schon vorüber!“ Allein mit dem Selbstbelügen ging es nicht lange. „*Krach*“ — „*Krach*“ — es krachte in allen Jagen, in London, in New-York — und man konnte sich die unheimliche Wahrheit nicht länger verschweigen.

Ja, der *Krach* ist da. Das Spekulationsfieber der letzten Jahre, der Gründungsschwindel, kurz die Orgien des Mammondienstes mußten zu einem Rückschlag führen. Schon zu Anfang des Jahres wurde eine Katastrophe erwartet. Allein es gelang den schwankenden Bau zu stützen. Und vor anderthalb Monaten drohte er wieder zusammen zu fallen, und wiederum gelang es durch neue Stützen, den Sturz zu verhindern. Nur für den Moment. Und schließlich ging es nicht mehr. Das mächtigste der mächtigsten Bankhäuser Englands konnte seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommen. Als das nicht mehr zu verbergen war, wurde noch eine Komödie gespielt: „Die englische Bank wird das Haus stützen.“ Anachronistische Verbrehung der Thatsachen. Hysteron proteron. Bevor die Nachricht ins Publikum drang, hatte die Bank zu stützen gesucht, aber vergeblich, — andernfalls wäre die Nachricht nie ins Publikum gedrungen.

Und gewiß ist: wir sind erst am Anfang der Krise und die Herrlichkeit der besten aller möglichen Gesellschaften — wie Pangloss-Richter vermeint, wird sich jetzt drastisch vor unseren Augen offenbaren — ein Schauspiel für Sozialdemokraten, und aufgeführt zur größeren Ehre der Sozialdemokratie.

Der *Reichshaushalts-Etat* für das nächste Etatsjahr (1891/92, d. h. vom 1. April 1891 bis zum 31. März 1892) ist nebst einem neuen Anleihegesetz dem Bundesrath ausgegangen. Danach betragen die Gesamteinnahmen und Ausgaben 1 134 491 942 M.; davon entfallen auf die fortbauenden Ausgaben 941 678 786 M., das sind 70 322 970 M. mehr als im Vorjahr, auf die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat 91 761 183 M., das sind 20 100 000 M. mehr als im Vorjahr, und auf die einmaligen Ausgaben

*) Aus einem giftigen Artikel des Kölner Pfaffenblattes ersehen wir, daß in Berlin eine unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende sog. Arbeiterzeitung und mangelnden Patriotismus und mangelnde Pietät vorwirft, weil in einer Notiz des „Berl. Volksblatt“ bemerkt war, es sei leider anzunehmen, daß das Heilmittel Koch's zu theuer sei für arme Leute. Als ob diese Bemerkung, die durch eine autoritative auftretende Zeitungsnote, betreffend die außerordentliche Kostspieligkeit des neuen Heilmittels, hervorgerufen war, die Bedeutung der Entdeckung selbst und das Verdienst des Entdeckers irgend berührt hätte. Red. d. „B.“

eingespart würde, bei einer ihre Gesundheit untergrabenden Beschäftigung Aufnahme zu finden.

Sie streckte das Kostgeld, das ihr Guber für den Tag gegeben, als Wegzehrung zu sich, und die Kinder ihren Jutinken überlassend, gingen sie ohne Strupel von dannen.

Und es war in der That ein Entsetz für die Kinder.

Große Mengen von Baumfrüchten waren in dieser Nacht vom Sturm herabgeschlagen worden, und die Eigentümer waren mit dem Frühesten daran gegangen, sie zusammenzuheben, wobei eine Anzahl Jungen sich als eifrige Helfer eingestellt. Sie aßen, was sie konnten, und von Zeit zu Zeit entfernte sich der Eine oder Andere, um daheim die gesüllten Taschen zu leeren.

Die Kinder hatten volle Mägen und sie waren so glücklich, als es nur Kinder zu sein vermögen, und in einer geradezu übermüthigen Stimmung.

Sie fanden sich alsbald an der ihnen zugänglichen Uferstelle, nächst der Brücke vor Guber's Hause, zusammen, ihrem gewöhnlichen Spielplatz.

Das Klüßchen war hoch angeschwollen und drohte aus seinen Ufern zu treten. Es führte entwurzelte Bäume und Sträucher mit sich, auch Bestandtheile von Scheunen und hinweggetriebenen Stegen.

Unter lautem Geschrei versuchten die Kinder, diese Höher aufzufangen. Ihre Beinkleider waren hoch hinaufgenommen, ihre Arme entblößt. Mit Hilfe eines Stricks gelang es ihren vereinigten Anstrengungen, das eine oder das andere Stück zu erfassen, das dann unter einem wahren Triumphgeschrei herausgezogen wurde.

Jetzt kam der mächtige Ast eines Ahorns daher geschwommen, noch mit all seinem Blätterschmuck, dessen Grün in der Sonne funkelte. Sofort wurde darauf Jagd gemacht, und Gustel, der Rechte unter ihnen, der in das Wasser gesprungen war und darauf hingeschwommen, sah im nächsten Augenblick rittlings auf dem Aste und ließ sich mit ihm abwärts treiben.

(Fortsetzung folgt.)

des außerordentlichen Etats, das heißt also diejenigen Ausgaben, die aus der Anleihe und besonderen Fonds gedeckt werden, entfallen 101 051 998 M., das sind 216 Millionen weniger als im Vorjahr, was sich daraus erklärt, daß im vorigen Jahre, durch die Nachtragsetats namentlich für Militärzwecke, die Anleihe 306 175 344 M. betrug, während die Anleihe für den Etat 1891/92 sich auf 64 831 963 M. beziffert. Lediglich durch diese Verschiedenheit der Anleihen, namentlich für einmalige Militärausgaben, ist auch die Gesamtsomme des Etats pro 1891/92 126 845 522 M. geringer als im Vorjahr.

Das heißt mit anderen Worten: der Militäretat ist fortwährend im Steigen — nur daß nächstes Jahr nicht so viel gepumpt werden soll, als in diesem. Ob's bei dem Vorfrage bleibt? —

Niederlage der Sozialdemokraten in Nürnberg bei den Stadtverordneten-Wahlen und wohl auch noch an anderen Orten, verkündet jubelnd die gegnerische Presse. Nun, wir sagten es schon: die nächste Zukunftswelle wird kräftiger sein, und die darauf folgende wieder und so weiter, bis das feindliche Volkwerk gefallen ist. Diese „Niederlagen“ sind einfache Vorstöße, die den Gegner nicht geworren haben, deren Wühlungen aber dem Angreifer keinen Kraftverlust bereitet, sondern nur den Ansporn giebt, nun erst recht jede Sehne und Muskel anzuspannen, und das nächste Mal um jeden Preis zu siegen. Das Triumphgeschrei unserer Gegner ist also sehr übel angebracht und verräth nur die innere Angst. Oder wollte man etwa behaupten, in Nürnberg verbanke die herrschende Clique den Sieg ihrem eigenen Verdienst und nicht einzig und allein dem miserablen Gemeinde-Wahlgesetz, hinter das sie sich verschanz hat, und das dem Fortschritt fast unübersteigliche Schranken entgegenseht? Das Schönste ist, daß es in Nürnberg die Deutschfreisinnigen sind, welche über den Sieg dieses elenden, durch und durch reaktionären Wahlgesetzes jubeln — denn ihr Sieg, ist's sicherlich nicht.

Die **Verurteilung** des Genossen **Gladewitz** stellt sich als ein für die Pressefreiheit weit bedrohlicheres Ereigniß heraus, als wir zu Anfang gedacht hatten. Der fragliche Artikel war preußischen Blättern entnommen, die deshalb nicht angeklagt worden sind; er war obendrein noch von dem Angeklagten vor dem Abbruch wesentlich gemildert worden, — er beschäftigte sich mit dem Marktbreiter „*Unglück*“, d. h. jener unverantwortlichen Opferung des Lebens und der Gesundheit vieler Soldaten, — und mit anderen Fällen von „*Soldatenschindern*“, die sämmtlich in hundert von Zeitungen unbeachtet erzählt, und mit verdichteter Schärfe kritisiert worden waren. Doch lassen wir, ehe wir urtheilen, den uns jetzt vorliegenden Bericht der „*Chemnitzer Presse*“ über die fragliche Gerichtsverhandlung folgen:

Am 18. November fand vor der 2. Strafkammer die Verhandlung gegen den Redakteur dieses Blattes, G. Gladewitz, statt. Die Verhandlung begann 4 1/2 Uhr. Nach Bekanntgabe der Personalien wurde die Anklageschrift verlesen, ebenso der Artikel, welcher Anlaß zur Strafverfolgung gegeben, derselbe ist in Nr. 167 der „*Presse*“ abgedruckt und trägt die Ueberschrift: „*Die Disziplin im stehenden Heere*“. Die Anklage fußt auf die §§ 185 und 186, also Beleidigung event. durch Verbreitung erweislich nicht wahrer Thatsachen. Die Frage des Vorsitzenden, Herrn Landgerichtsdirektor Jaspis, an den Angeklagten, ob er auf die Anklage antworten wolle, wurde mit Ja beantwortet. Kaum daß aber der Angeklagte seine Gründe gegen die Anklage geltend machte, wurde er vom Vorsitzenden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß er sich nicht auf Einzelheiten einlassen, sondern, da in dem fraglichen Artikel im Allgemeinen über die Offiziere und Unteroffiziere des deutschen Heeres abfällig geurtheilt worden sei, so solle er sich auch nur im Allgemeinen über die Anklage äußern. Der Angeklagte machte nun zu seinen Gunsten geltend, daß in dem betreffenden Artikel zunächst von dem Marktbreiter „*Unglück*“ die Rede sei, dann habe der Schreiber desselben seine eigenen Erlebnisse als Soldat in einem Infanterieregiment erzählt, mit keiner Silbe sei aber das k. sächs. Armeekorps erwähnt, der Artikel sei in Preußen (Frankfurt) zuerst erschienen, er (Gladewitz) habe die ihm gefährlich dünkenden Stellen gestrichen eventuell stark gemildert und habe er durchaus nicht die Absicht gehabt, das sächsische Offizier- und Unteroffizierkorps mit dem Artikel beleidigen zu wollen. Der Staatsanwalt Herr Dr. Böhme plaidirte in kurzen, prägnanten Worten für Schuldigsprechung des Angeklagten; es läge unbedingt eine Kollektivbeleidigung im Sinne des § 197 vor und daß auch die sächsische Armee mit gemeint sei, bewiesen die nach Schilderung des Marktbreiter „*Unglück's*“ angefügten Schlüsse, worin es heißt: „*Tagtäglich aber geschehen in Deutschland unzählige genau ebenso furchtbare Quälereien u. s. w.*“, das Marktbreiter „*Unglück*“ Marschall habe nur als Unterlage gedient, um ungeheures beleidigende Ausdrücke gegen das deutsche Offizierkorps anzuhängen; dadurch, daß der in Frankfurt geschriebene Artikel in die hiesige „*Presse*“ übernommen und verbreitet worden ist, sei auch eine Beleidigung der sächsischen Armee begangen; die Natur der Beleidigung sei eine so starke, daß aus Gefängnisstrafe erkannt werden müsse. Herr Rechtsanwalt Hofmann aus Leipzig plaidirte für nichtschuldig, er hielt es für menschlich unmöglich, daß sein Klient verurtheilt werden könne, da nach seiner Ansicht eine Kollektivbeleidigung der deutschen Armee nicht vorliege und zugegeben, dies sei der Fall, so sei nur das deutsche Armeekommando nicht aber das k. sächs. Generalkommando juristisch berechtigt, den Strafantrag zu stellen, da dieses nur einen Theil der deutschen Armee vertrete und gerade denjenigen Theil, der in dem angeklagten Artikel gar nicht angezogen sei, der Angeklagte müsse den sächsischen Offiziers- und Unteroffiziersstand objektiv und subjektiv beleidigt haben, wenn er strafbar sein solle. Das Reichsgericht habe bisher immer entschieden, daß, wenn eine Körperschaft beleidigt, ein Mitglied oder ein Theil dieser Körperschaft nicht klagerechtigt sei, es habe alle Urtheile aufgehoben, die im entgegengegesetzten Sinne gefällt wurden, er hoffe, das k. Landgericht würde den bisherigen Entscheidungen des Reichsgerichts gemäß auch im vorliegenden Falle zu einer Freisprechung gelangen. Die Richter zogen sich hierauf zurück und verkündeten nach ungefähr 15 Minuten langer Beratung das Urtheil, welches den Angeklagten Redakteur Gladewitz schuldig spricht, das k. sächs. Offizier- und Unteroffizierkorps beleidigt zu haben und ihn zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurtheilt. In den kurz gefaßten mündlich mitgetheilten Urtheilsgründen war ausdrücklich ausgesprochen, daß das k. sächs. Generalkommando wohl gesetzlich berechtigt gewesen sei, den Strafantrag zu stellen, daß dasselbe in dem Artikel beleidigt worden. Der Verurtheilte wird sich bei dem Urtheil nicht beruhigen, sondern die Entscheidung des Reichsgerichts anrufen.

Leider hat das Reichsgericht — das sich übrigens bisher auch wahrhaftig nicht als Hort der Pressefreiheit erwiesen hat, gar nicht das Recht der „*Entscheidung*“ — es ist bloße Revisionsinstanz, hat also nicht über die Schuld, sondern über die *Form* der Wichtigkeit der Schuldigsprechung zu erkennen. In der *Aera* „*nationaler*“ Reaktion (genannt „*Auffschwung*“) haben die Volksfeinde es ja glücklich zu Wege gebracht, uns die Verurteilung zu nehmen —

die beste Bürgschaft unparteiischer Rechtsprechung unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Wenn nicht das Chemnitzer Landgericht einen *Formfehler* begangen hat — was kaum anzunehmen ist, denn die Einhaltung der Formen erheischt nur eine rein mechanische Thätigkeit — wird Gladewitz seine 6 Monate Gefängniß behalten.

Und warum hat ihm das Gericht diese Strafe auferlegt? Weil er einen Vorgang, der in ganz Deutschland die lebhafteste Entrüstung erregte, zur Sprache brachte und für eine menschliche Behandlung der Soldaten eintrat — mit anderen Worten, weil er seine Pflicht als Journalist, als Staatsbürger und Mensch erfüllte. Und dafür bestraft?

Wenn die Justiz die Erfüllung einer so ernsten und sittlichen Aufgabe strafbar findet, dann setzt sich die Justiz nicht bloß mit den Grundsätzen politischer Freiheit, sondern auch mit der Ethik und dem öffentlichen Gewissen in Widerspruch und die Justiz ihrerseits wandert auf die Anklagebank.

Der österreichische Erzherzog, welcher die Erzherzogenschaft an den Nagel gehängt hat, unter dem Namen *Johann Orth* ein nützliches Glied der arbeitenden Menschheit geworden ist, war nach einer gefährlichen Fahrt an der südamerikanischen Küste mit sammt seinem Schiffe verschollen, und da alle Nachforschungen fruchtlos waren, so wurde schon angenommen, er sei den Stürmen zum Opfer gefallen. Die Befürchtung hat sich zum Glück als grundlos erwiesen, Johann Orth ist im besten Wohlsein wiederaufgetaucht, und auch wir beglückwünschen von Herzen den charakterfesten Mann, der das Unglück, im Schatten eines Thrones geboren zu sein, so manhaft wieder gut zu machen mußte.

In England ist dem Führer der irischen Partei, Herrn *Parnell* das Unglück passirt, von einem Gerichtshofe des Ehebruchs schuldig befunden zu werden. Da die vornehme Gesellschaft in solchen Dingen sehr — freisinnig ist, — sie weiß warum — beabsichtigt Herr Parnell nicht, dem Beispiel des liberalen Parteiführers Dilke — der ein ähnliches Pech hatte — zu folgen und für einige Zeit vom politischen Schauplatz zu verschwinden, sondern er will hübsch an der Öffentlichkeit bleiben und sich nach wie vor parlamentarische Lorbeeren erringen. Ja, wenn Herr Parnell ein *Arbeiter* wäre! Die „*freie Liebe*“ ist nur für die „*gute*“ Gesellschaft.

Neueste Nachrichten. Aus London wird gemeldet, daß die Krise fortbauert.

Von Lyon kommt die Mittheilung, daß 2 Soldaten Selbstmord begangen haben. Wir möchten, Soldatenselbstmorde brauchten wir uns nicht aus Frankreich telegraphiren zu lassen.

Aus Italien telegraphirt man den Inhalt einer Rede, die Herr Crispi halten will. An denen, die er gehalten hat, haben wir genug.

In Griechenland sind „*Bomben für Creta*“ beschlagnahmt worden. Die alte russisch-griechische Farce eines „*Aufstandes in Creta*“ scheint also wieder losgehen zu sollen.

Der „*Reichs-Anzeiger*“ veröffentlicht nunmehr amtlich die bekannte, von uns vor einigen Tagen schon gewürdigte Kabinettsordre, welche die Schulen systematisch im „*Kampf gegen die Sozialdemokratie und den Kommunismus*“ verwerthen will. Die Vergeltlichkeit dieses Beginns kommt in den gleichzeitig veröffentlichten Vorschlägen, mit denen Herr v. Gopler und das Staatsministerium auf den Befehl hin zum Vorschein gekommen sind, zum deutlichen Ausdruck.

Dem Abgeordnetenhaus ist am Dienstag auch der Entwurf zu dem neuen *Gewerbesteuer-Gesetz* zugegangen. Eine kritische Darstellung seines Inhalts behalten wir uns vor.

Arbeiter-Schutz-Kommission. Die Diskussion über § 125 war in der gestrigen Sitzung beendet worden. Das Schlusswort nimmt zunächst der Abg. v. Stumm: Der Referent giebt zu, daß die, statt der Buße, gewählte Form des Entschädigungsanspruches immer den Charakter der Strafe tragen wird; die Behauptungen des Abg. Singer, daß die Strafe meist von den Unternehmern provozirt werden, seien für Deutschland nicht zutreffend. Die Strafen werden von den Agitatoren in Szene gesetzt; der Widerspruch gegen die Agitatoren müsse dadurch gestärkt werden, daß die Arbeiter durch den Verlust des einbehaltenen Lohnes veranlaßt würden, dem Rathe der Agitatoren nicht zu folgen; wenn diese Bestimmung keine Annahme finde, so würde mit der Zeit die Kündigungsfrist überhaupt schwinden, daß sei aber im Interesse der Arbeiter selbst nicht zu wünschen. Die Mehrheit der Kommission stehe auf dem Standpunkte, daß dem Arbeitgeber ein Schutz gegen den Kontraktbruch zu gewähren sei, daß aber gleichzeitig eine Garantie für den durch Kontraktbruch erlittenen Schaden geschafft werden muß. Der Referent wendet sich nun, nachdem er bemerkt, daß nach dem Gange der Diskussion die Regierungsvorlage keine Aussicht auf Annahme habe, den gestellten Anträgen zu, und meint, daß der Antrag Klemm und v. Kleist-Regow die Verhältnisse am Besten ordnen würde. Der Antrag Gutfleisch leiste zu wenig; derselbe sei mit dem vom Redner gestellten Amendement allenfalls annehmbar, sonst aber nicht. Dem Antrage Letocha könne Redner unter der Voraussetzung, daß der Antrag Gutfleisch mit dem Amendement v. Stumm Annahme findet, zustimmen.

Der Korreferent Abg. *Wolkenbühr* weist nach, daß, entgegen der sonstigen Auffassung, wonach immer vom Arbeitsvertrage als freier Vereinbarung zwischen Arbeiter und Unternehmer die Rede ist, hier mit einem Male das öffentliche Interesse, den Kontraktbruch zu verhindern, in den Vordergrund geschoben wird. Wenn man die Vorbedingungen schafft für die freie Ausübung des Koalitionsrechtes, dann werde man auch den ruhigeren Gebrauch desselben haben. Die Regierung würde das Mißtrauen der Arbeiterklasse noch verschärfen durch die Stellung, welche die Regierung bei dieser Frage einnehme.

Der Redner führt eine Reihe von Beispielen dafür an, daß auch in Deutschland Streiks von den Unternehmern provozirt werden; die Lohnneinstellungen würden die wirtschaftliche Lage der Arbeiter noch mehr verschlechtern, indem dieselben gezwungen werden, von ihrem dürftigen Lohn einen für ihre Verhältnisse sehr bedeutenden Theil dem Unternehmer zur Verfügung zu stellen; er bitte, alle Anträge abzulehnen; die Bestimmung

drücke den gewissenlosen Unternehmern ein Messer in die Hand, welches tief in das Wohl der Arbeiterklasse einschneiden werde.

Bei der Eventual-Abstimmung wird der Antrag Klemm und v. Kleist mit 15 gegen 10 St. abgelehnt; beim Antrag Gutfleisch wird zunächst das Amendement v. Stumm mit 15 gegen 10 St. abgelehnt; hierauf wird der Antrag Gutfleisch mit 16 gegen 9 St. angenommen. Von den Freisinnigen stimmen Schmidt und Gutfleisch dafür, ebenso der Volksparteiler Hähne. Hiernach wird es eventuell, wenn die Fraktionen in der Plenarberatung diesen Kommissionsmitgliedern folgen, das Verdienst eines Theils der Freisinnigen und der Volkspartei sein, ein neues Recht — die Strafe für Kontraktbruch — in die deutsche Gesetzgebung eingeführt zu haben. Auch ein Theil des Zentrums, u. a. die Abg. Gihne und Graf Galen, hat für den Antrag Gutfleisch gestimmt.

Bei der Gesamt-Abstimmung wird der nun so gestaltete § 125, nachdem der Antrag Vetscha abgelehnt ist, mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Bei diesem Beschluß finden sich Schmidt und Hähne wieder mit den übrigen Freisinnigen zusammen und nur Herr Dr. Gutfleisch stimmt unter Assistenz der Konservativen, Nationalliberalen und eines Theils des Zentrums für die Bußbestimmung, die er selbst früher zu streichen beantragt hat.

Die Beratung wendet sich zu dem Abschnitt IIIa: Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker. Der ganze Abschnitt ist neu und regelt in fünf Paragraphen das Verhältnis dieser Angestellten zu den Unternehmern. Für die Betriebsbeamten u. s. w. soll § 125 Anwendung finden; die Kündigungsfrist soll, wenn nichts Anderes vereinbart ist, sechs Wochen betragen. Außerdem werden Bestimmungen erlassen, welche die Gründe für sofortige Lösung des Dienstverhältnisses anführen.

Nach kurzer Diskussion und nachdem der Referent die Annahme der Regierungsvorlage empfohlen hat, wird der § 133a unter Einfügung der Amendements Gihne, Schmidt und v. Stumm angenommen. Ebenso werden die §§ 133b, 133c, 133d, 133e angenommen.

Die Beratung wendet sich nun zu den Strafbestimmungen, welche bei § 146 beginnen. § 146, Absatz 1 und 2, die keine Veränderung des bestehenden Zustandes bringen, werden ohne Diskussion angenommen. Im Absatz 2 wird ein Zusatz beantragt, wonach die Landgerichte als zuständig erklärt werden; derselbe wird angenommen.

§ 146a enthält die Strafbestimmungen gegen die Zuwiderhandlung der bezüglich der Sonntagsarbeit erlassenen Anordnungen; § 146a wird angenommen.

§ 147 enthält die Strafbestimmungen für die Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des Gesetzes erlassenen Vorschriften;

der § 147 wird, nachdem durch Amendements Gutfleisch und Hartmann eine Einschränkung der polizeilichen Befugnisse auf dringende Fälle und nachdem von Geh. Rath Lohmann die Regierungsvorlage verteidigt ist, unter Einfügung der beiden Amendements angenommen.

§ 148 enthält eine Reihe von Strafbestimmungen, welchen nach Vorschlag der Regierung zugefügt werden sollen. Strafbestimmungen wegen Zuwiderhandlung gegen § 124a Absatz 2 und § 134e Absatz 1; § 148 wird angenommen.

§ 149 und § 150 werden mit einigen von der Regierung neu beantragten Zusätzen angenommen.

§ 151 enthält, nach dem Vorschlage der Regierung, eine andere Regelung der Strafen bezüglich der Stellvertreter von Unternehmern.

Der Referent Dr. Hartmann empfiehlt in Rücksicht auf die Bedürfnisse des praktischen Gewerbetreibenden die Annahme der Regierungsvorlage.

Der Korreferent Dr. Gutfleisch hat Bedenken gegen die Vorlage, weil dieselbe die Unternehmer in zu hohem Grade entlastet und beantragt Ablehnung der Vorlage; den Unternehmern müsse die Verantwortung für die in den Betrieben vorkommenden Unregelmäßigkeiten überlassen bleiben.

Der Referent für die Petitionen, Abg. Schmidt, schließt sich dem Korreferenten an. Er würde für die Vorlage stimmen, wenn daraus die Worte: „oder zur Beaufsichtigung“ gestrichen werden.

(Der betr. Paragraph der Regierungsvorlage lautet:

Sind bei der Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbetreibende zur Leitung des Betriebes oder zur Beaufsichtigung bestellt hatte, so trifft die Strafe diese letzteren. Der Gewerbetreibende ist nur strafbar, wenn die Übertretung mit seinem Vorwissen begangen ist, oder wenn er bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.)

Abg. Müller ist für die Vorlage, weil bei der jetzigen Lage die Arbeiter den Fabrikanten gegenüber zu sehr im Vortheil wären.

Abg. Bebel theilt den Standpunkt des Vorredners nicht. Die Unternehmer suchten sich häufig dadurch vor Strafe sicher zu stellen, daß sie kontraktlich den Meistern die Verantwortung übertragen. Dies werde durch die Regierungsvorlage sanktionirt. Er erklärt sich daher gegen dieselbe.

Reg.-Kom. Geh. Rath Königs findet in der Vorlage eine Stärkung der Verantwortlichkeit des Betriebsunternehmers, bittet aber doch in Bezug hierauf nicht gar zu weit zu gehen.

Abg. v. Stumm hält die Vorlage für genügend; im Betriebe handle es sich vielfach um so bedeutende Dinge, daß der Unternehmer gar nicht von Allem Kenntnis haben kann; indes bietet die Vorlage ganz genügende Garantien gegen die Abwälzung der Verantwortlichkeit auf die Meister und Stellvertreter, man möge event. beide Theile unter Strafe stellen, aber der Stellvertreter, der durch sein Verschulden eine Strafe herbeiführe, dürfe nicht straffrei bleiben.

Abg. Klemm verteidigt die Regierungsvorlage, die solche Verhältnisse berücksichtige, und glaubt, daß man die Verantwortlichkeit der Unternehmer nicht weiter ausdehnen kann, als daß man dieselben verpflichtet, bei der Auswahl ihrer Vertreter Vorsicht walten zu lassen, und dieselben entsprechend zu beaufsichtigen.

Abg. Bebel findet durch die Ausführungen der Vorredner sich erst recht veranlaßt, gegen die beabsichtigte Veränderung zu stimmen; auch in diesen Paragraphen tritt das Bestreben, die Unternehmer zu bevorzugen, deutlich hervor, und das zwingt ihn, gegen die Vorlage zu stimmen.

Abg. Schmidt glaubt, daß die jetzige Bestimmung genüge, der man vielleicht einen entsprechenden Zusatz geben könne, wonach auch Stellvertreter unter Strafe gestellt werden können.

Abg. v. Stumm findet, daß es am Besten sein wird, die Regierungsvorlage mit der von ihm beantragten Ausdehnung auf die Unternehmer, anzunehmen; in zweiter Lesung könne man dann eine ganz präzise Form dafür in das Gesetz aufnehmen.

Der Referent Abg. Dr. Hartmann bittet um Annahme der Regierungsvorlage, welche alle Bedürfnisse auf diesem Gebiete decke; die Rechtssprechung würde bei Annahme des Stumm'schen Antrages leiden, nur die Beweislast verschoben werden.

Der Korreferent Dr. Gutfleisch kann die Regierungsvorlage nicht empfehlen; er weist an einer Reihe von Beispielen nach, daß auf anderen Gebieten die Besitzer, Unternehmer u. s. w. für ihre Vertreter verantwortlich gemacht werden; der Redner kann nicht zugeben, daß der Unternehmer von der Verantwortung befreit wird; die Verantwortung kann auch nicht eingeschränkt werden auf die Auswahl und die Beaufsichtigung der Stellvertreter; der Korreferent empfiehlt die Regierungsvorlage, ebenso auch den Antrag v. Stumm abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird § 151 der Regierungsvorlage mit 18 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Hierauf verlegt sich die Kommission bis Morgen Vormittag 10 Uhr.

Theater.
Mittwoch, den 19. Novbr.
Opernhaus. Hohenstein.
Schauspielhaus. Die Räuber.
Festung-Theater. Sodoms Ende.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Das verlorene Paradies.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Königsgardijs. Sonne und Erde.
Wallner-Theater. Pension Schöller.
Der dritte Kopf.
Kesslers-Theater. Familie Mouskard.
Viktoria-Theater. Die Million.
Bellesalliance-Theater. Ramsell.
Mitouche.
Hend-Theater. Der arme Jonathan.
Thomas-Theater. Der Wetterfrosch.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gedr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.
Karlsruhe.
Mittwoch, den 19. November,
Abends 7 1/2 Uhr:
Deutsche Turner.
Große nationale Original-Pantomime vom Hofballetmeister A. Siems, inszenirt vom Direktor E. Renz. Russl v. A. Gahnbloy. Dekorationen, Kostüme, Requisiten, Wagen auf das Prachtvollste.
4 hohe Schulen zu gleicher Zeit geritten von den jungen Damen Fräul. Clotilde Hager, Helga Hager, Oceana Renz und Vidal. Zum 1. Male: Ein mittelalterliches Caroussel, geritten von Damen und Herren mit 30 Pferden. Großes Gurdie-Memmen in 24 Vollblut-Springpferden, geritten v. Damen und Herren der Gesellschaft. Agat, Feuerpferd, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Auftreten des Salomortal-Reiters Mr. Alexander Briatore und des Jockey-Reiters Mr. Burnell Jills und Mr. Brabbury, der Damen Fräul. Julia Jampa, Zephora, Gierach und Mme. Brabbury, sowie Comische Entrees und Intermezzeos von sämtl. Clowns.
Morgen: Deutsche Turner.
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Karl-Platz.
Mittwoch, den 19. November,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Besonders hervorzuheben:
Stagen-25 in Freiheit dress. Caroussel in 25 Vollblutpferden, vorgef. v. Herrn Max Schumann.
Original-Clown Daroff mit seinen dressirten Thieren. Mr. Kessene Royal, anerkannt bester Jockey der Welt. Gebr. Morelli in ihren großartigen Leistungen am 3 fachen Red. Wiederauftreten der berühmten Parforce-Reiterin Miss Edith Adam. Comisches Entree des beliebten Clown Lanti. Fräul. Helene Gerard in ihren prächtigen Tänzen u. Sprüngen zu Pferde. Jarrische Spiele von der aus 5 Personen bestehenden Spezialitäten-Familie Leon. Pas de trois auf 2 nebeneinander laufenden Pferden, ausgeführt von Miss Victoria, Rosa, Herrn M. Schumann. Faust und Gretchen, in Freiheit vorgeführt von Herrn Ernst. Zum Schluß der Vorstellung:
Die Jagd bei Bolton.
Höchstinteressantes Jagdbild, geritten von Damen und Herren der Gesellschaft mit englischen Halb- u. Vollblutpferden.
Tanzeinlage: Der Jägerfang.
Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Donnerstag, den 20. Nov., Abends 8 Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstraße No. 39:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wie wird sich in Zukunft die Organisation gestalten? Referent: Reichstags-Abgeordneter Ignaz Auer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Fachvereinen der Tischler.
Mittwoch, den 19. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstrasse No. 39:
Anjnerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Finu über: Nordau's „Konventionelle Fügen der Kulturmenschen.“
2. Diskussion.
3. Anträge. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Freie Volksbühne.
Zwei öffentl. Versammlungen für Frauen u. Männer am Freitag, den 21. November 1890, Abends 8 1/2 Uhr.
1. Im gr. Saale des Etablissement Königshof, Bülowstr. 37.
2. In der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 100.
Tages-Ordnung:
Vortrag mit Diskussion über: Die Arbeiterschaft Berlins und die Freie Volksbühne. Referenten: Die Herren Wihl. Bötsche u. Julius Lär.
Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Beitrittsbedingungen zur II. Abtheilung bis spätestens am Sonnabend, den 22. November, bei nachfolgenden Zahlstellen bewirkt sein müssen, wenn „Vor Sonnenaufgang“ auch für die II. Abtheilung aufgeführt werden soll.
N. August Hinz, Panfstr. 14a. Ww. Clara Hasenclever, Brunnenstr. 122. Conrad Engel, Chorinerstr. 9. Mehnert, Cig.-Fabrik, Diebenhofenstr. 1. NO. Franz Niemeyer, Webersstr. 19. S. Albert Auerbach, Kottbuser Damm 1. Gottfried Schulz, Admiralsstr. 40a. Wilhelm Börner, Ritterstr. 108. R. Baginski, Dresdenerstraße 52-53 (Passage). C. Vogher, Werkzeughandlung, Landbergerstr. 64. O. Hermann Grapf, Pallisadenstr. 59. SO. Emil Arnold, Staligerstr. 108. Adolph Kehr, Köpenickerstr. 126. W. Otto Antrich, Steinhilberstr. 60. SW. Adolph Paetz, Restauration, Färberingerstr. 22. Alex. Oehl, Cigarrenhandlung, Lindenstr. 59. Moabit. Frh. Voh, Birkenstr. 59.
Der Vorstand.

Englischer Garten.
Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Franka Scholz, Kostüm-Soubrette.
Geschw. Wildenfels, Gesangs-Duettsisten.
Richard Gersdorf, Sächsischer Gesangs-Humorist.
Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.
Truppe Blumenfeld, Parterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzkünstler.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 60 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Concert.
Direktion A. Hödmann.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pf.
Entrée Sonn- und Posttags 25 Pf.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Anschank von Pilsener Export-Bier, Seidel 15 Pf.
F. Müller.

Passage-Panopticum.
Unter den Linden 22-23. [742]
Lebensgroße Wachsfiguren.
Panoramen.
Dioramen.
Etnographische Sammlungen.
Italienische Volkslieder.
Entrée 50 Pf.
Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf.
8 u. 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Vorstellung Vorm. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr.
Nacht. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr stündl. eine Vorstellung.
Extra-Entrée 30 Pf. Kinder frei.
Amazonen-Corps
20 Amazonen, 10 Ritter aus Jahomach.

Gratweil'ige Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor G. Sanftleben.
Wochentags: Frei-Concert. Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 3 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 F. Sotke.

Winter-Paletots und Anzüge
bei billigen Preisen empfiehlt das bekannte Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft von Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstr. 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maß und Arbeitsfachen.
(Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Eingebung von Forderungen.
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, II.

Meyer's, Brockhaus'
Lexica, Bücher, Bibliotheken kauft
A. Hannemann, Kochstr. 56, I. [556]

Winter-Paletots und Anzüge
bei billigen Preisen empfiehlt das bekannte Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft von Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstr. 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maß und Arbeitsfachen.
(Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein sämtlicher Berufsweige Berlins und Umgegend (Filiale I Moabit).
Mittwoch, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Algen Wilsnackerstraße 63:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Paus über: Karl Marx (Frauen- und Kinderarbeit.) 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Damen und Herren als Gäste haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerammlung statt. Die Revollmächtigte.

Große öffentliche Versammlung
jämmtlicher Dachdecker Berlins und Umgegend
am Donnerstag, den 20. Nov., Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Frandt, Winstraße Nr. 11.
Tages-Ordnung: 1. Der Henschel'sche Streif. 2. Berichterstattung der Arbeiterkonferenz und wie ist die Organisation zu regeln? 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer Wihl. Bötsche

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 270.

Mittwoch, den 19. November 1890.

7. Jahrg.

Zu die deutschen Gewerkschaften.

Die von der am 16. bis 17. November d. J. in Berlin stattgefundene Konferenz der deutschen Gewerkschaften gewählte Kommission hat sich konstituiert und führt den Namen

„Generalkommission

der Gewerkschaften Deutschlands.“

Dieselbe wählte zu ihren Vorsitzenden C. Legien, zu ihrem Kassierer A. Dammann, Hamburg.

Sämtliche Korrespondenzen sind an den Vorsitzenden, sämtliche Geldsendungen an den Kassierer zu richten.

Berlin, den 18. November 1890.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Hamburg-Eimsbüttel, Osterstr. 76b.

A. Dammann, Hamburg, Fürstenplatz 2, 1 Tr.

Ad. v. Elm, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 127.

Emma Ihler, Westen in der Mark.

Theodor Schwarz, Lübeck, Alshaike 16.

Theodor Gloke, Berlin SO, Kaufherstr. 52.

Karl Klotz, Stuttgart-Häslach, Böblingerstr. 127.

Sämtliche Arbeiterblätter werden um Nachdruck ersucht.

Zusatz an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Die wesentlichste Aufgabe der unterfertigten Kommission besteht darin, die im Kampf um ihr Organisationsrecht stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen durch Beschaffung der nötigen Geldmittel thätig zu unterstützen. Der Kommission wurden sofort bei ihrem Zusammentritt von 4 Organisations-Gesuche um Hilfeleistung unterbreitet, und sie hat die Ueberzeugung gewonnen, daß in allen 4 Fällen der Kampf durch rigoroses Vorgehen der Unternehmer in der angegebenen Richtung hervorgerufen ist. Es sind dies:

die Glasarbeiter in Bergedorf, Ottenen,
die Schuhmacher in Erfurt,
die Weißgerber in Kirchhain,
und die Tabakarbeiter in Schwège.

Die Kommission richtet daher ihrer Aufgabe entsprechend an alle Gewerkschaften und Arbeiter Deutschlands das dringende Ersuchen, sofort für Zusendung der nötigen Geldmittel sorgen zu wollen, um den Kampf wirksam und siegreich durchzuführen zu können. Die Unterstützung von etwa 3000 Arbeitern erfordert große Summen und speziell die Organisationen werden ersucht, verfügbare Mittel sofort an den Kassierer A. Dammann, Hamburg, Fürstenplatz 2, 1 Tr., einzusenden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, Vorsitzender.

Berlin, den 18. November 1890.

NB. Sämtliche Arbeiterblätter werden um Nachdruck ersucht.

Lokales.

Die Ehre eines Proletariers. Vor mehreren Tagen ging durch die bürgerlichen Zeitungen die Mitteilung, daß eine gut gekleidete Frau auf einem Kirchhofe Blumen gestohlen und sich bei ihrer Ergreifung damit zu entschuldigen gesucht habe, daß sie die ihre Leidenschaft für schöne und seltene Blumen zu diesem Diebstahl getrieben worden sei. Der Name der vornehmen Dame, welche als Rentiere bezeichnet wurde, war nicht angegeben. Angenehmlich wollte man den „guten Ruf“ der Frau Rentiere und ihrer Angehörigen nicht schädigen. Dieses Bestreben ist an sich sehr loblich, doch müßte es überall in gleicher Weise hervorgerufen werden. Das ist aber durchaus nicht der Fall; denn wenn z. B. ein Arbeiter stiehlt, so wird er so genau mit seinem Namen bezeichnet, daß ein Irrthum über seine Person kaum möglich ist. Der Bourgeois glaubt, daß es dem guten Ruf eines Proletariers und seiner Angehörigen nicht weiter schade, wenn man ihn öffentlich als Dieb brandmarkt, denn er ist der Ansicht, daß ein Proletarier überhaupt keinen guten Ruf, keine Ehre zu verlieren hat. Wie der adlige Junker vom Bourgeois, so denkt der Bourgeois vom Proletarier: er ist ihm nicht ebenbürtig, er hat keine Ehre.

Daher glaubt der Bourgeois auch, dem Namen eines Proletariers einen Makel anheften und ihn beschimpfen zu dürfen, ohne daß der Andere ein Recht habe, sich beleidigt zu fühlen. Wie jener Raskolnik aus den Reihen der „Besten der Nation“, der einen Restaurateur niederschlug, weil er ihm nicht den Weg zu seiner Dirne freigegeben wollte, große Augen machte, als ihn das

Gericht in Haft nahm, so weiß sich der Bourgeois vor Staunen nicht zu lassen, wenn er einen Arbeiter beschimpft hat und nun sieht, daß „diese Leute“ sich erdreisten, ebenfalls so etwas wie Ehrgefühl zu haben. Die Forderung des Rechtes auf Achtung erscheint ihm an einem Proletarier ebenso unerhört, wie die Forderung des Rechtes auf ein menschenwürdiges Dasein. Fast täglich wird in den Zeitungen und Versammlungen darüber Klage geführt, daß Guts- und Fabrikbesitzer und sogar Werkführer, welche allerdings besser Werkzeuge — des Fabrikbesitzers nämlich — genannt zu werden verdienen, die Arbeiter und Arbeiterinnen beschimpfen oder sich gar thätlich an ihnen vergreifen. Das Gesetz billigt z. B. die entehrende Behandlung des Gesindes dadurch, daß es der Herrschaft das Recht körperlicher Züchtigung giebt. Die Bourgeoisie schreit über Soldatenmißhandlungen und dabei geht sie den Offizieren mit schlechtem Beispiele voran. Thatsächlich suchte kürzlich ein Junge als human bekannter, bürgerlicher Offizier die Beschimpfungen und Mißhandlungen von Soldaten damit zu entschuldigen. Er tabelte zwar die Uebergriffe, behauptete aber, daß selbst viele Soldaten nichts weiter dabei fänden, wenn sie daran zurückdächten, wie sie als Knechte und Arbeiter von ihren Guts- und Fabrikherren behandelt worden seien. Wenn daher ein Offizier zu einem solchen Soldaten z. B. sage: „Sie sind ein Rhinoceros!“ so sei das für ihn nicht beleidigender, als etwa für einen Einjährig-Freiwilligen die Bemerkung: „Sie sind doch eigentlich zu dumm!“ Man denkt unwillkürlich an das berühmte Wort von den „Herienkolonien“, in denen also die Proletarier eine Zufluchtsstätte nicht nur vor dem Hunger, sondern auch vor allzu schweren Beleidigungen und Mißhandlungen finden. Aus dem oben angeführten Beispiele läßt sich ein Schluß auf das Maß von Geringschätzung und Verachtung ziehen, mit welchem erst inhumane Offiziere auf den Arbeiter herablicken.

Diese Geringschätzung haben aber nicht nur die eigentlichen Arbeiter, sondern überhaupt alle, die sich in abhängiger Stellung von einem „Vroherrn“ befinden, alle Befehlshaber von der besitzenden und herrschenden Klasse zu erdulden. Ein Kaufmann ist der Ansicht, daß sich sein Buchhalter oder sein Kommiss dafür, daß er ihm Geld erarbeitet, auch etwas gefallen lassen müsse. Empfindlichkeit und stark ausgebildetes Ehrgefühl läßt er nicht auskommen, und wenn er dieses angebliche Vorrecht der besitzenden Klassen doch einmal bei einem von seinen Leuten findet, so ruft er wohl verwundert aus: „Was sich solch ein Mensch eigentlich einbildet!“ Diese Ansicht ist sogar in nichtkaufmännischen Kreisen verbreitet. Zu einem Handlungs-Kommiss, welcher seinen Chef wegen Beleidigung verklagt hatte, sagte der Vorsitzende des Gerichtshofes, nachdem er mehrere vergebliche Sühneveruche gemacht hatte: „Aber ich bitte Sie, ein Kommiss steht doch in sozialer Beziehung so tief unter seinem Chef, daß er sich durch diese verhältnismäßig geringfügige Sache doch unmöglich so sehr beleidigt fühlen kann.“ Der Kommiss erwiderte, er sei sich nicht bewußt, so außerordentlich tief unter seinem Chef zu stehen, und — erhielt einen Verweis. Der Fall ist bezeichnend. Bekanntlich unterscheidet sich ein Handlungskommiss von seinem Chef eigentlich nur dadurch, daß er kein eigenes Geschäft hat. Man kann hier nicht einmal den Unterschied einer anderen Vorbildung, wie er z. B. zwischen einem Rechtsanwalt und seinem Schreiber besteht, geltend machen. Trotzdem entscheidet der Richter, daß der Kommiss tiefer steht, als sein Chef, und daher ein weniger empfindliches Ehrgefühl haben muß. Die notwendige Folge wäre, daß ein und dieselbe Beleidigung an dem Kommiss strenger geahndet werden müßte als an dem Chef, und bei gegenseitiger gleicher Beleidigung könnte nicht einmal eine vollständige Aufhebung stattfinden. Die Ansicht, daß der Proletarier eine geringere Ehre hat, kann also gelegentlich von außerordentlicher Bedeutung für die Rechtsprechung sein und die Gleichheit vor dem Gesetz aufheben.

Der angeführte Fall steht auch durchaus nicht vereinzelt da. Die Gesellschaft zweifelt bekanntlich nicht bloß an dem Ehrgefühl, sondern auch an der Ehrlichkeit des Proletariers. Wer arm ist, gilt von vornherein als verdächtig. Am stärksten tritt das natürlich wieder vor Gericht zu Tage. In einem Prozeß trat ein unbescholtener Arbeiter gegen einen bisher gleichfalls unbescholtener reichen Mann als Belastungszeuge auf. Da der Angeklagte der bestimmten Aussage des Zeugen gegenüber hartnäckig leugnete, und der Zeuge ebenso hartnäckig bei seiner Aussage blieb, so sagte der Vorsitzende endlich zu dem Zeugen: „Sie werden doch aber nicht verlangen wollen, daß ich Ihnen ebenso viel glaube, wie diesem geachteten Manne hier.“ Der Zeuge erwiderte freimüthig: „Ja, das verlange ich allerdings, Herr Präsident!“ Der Gerichtshof war über diese Antwort so verblüfft, daß er es vergaß, die übliche Strafe wegen Ungehörigkeit vor Gericht über den jurchlosen Verteidiger seiner Proletarierehre zu verhängen. Man denke sich den umgekehrten Fall, daß ein Armer angeklagt ist, und ein Reicher

Zeugnis gegen ihn ablegt, und dann vergegenwärtige man sich, zu welchen Folgerungen man gelangen würde, wenn der obige Grundsatz überall angewendet würde. Es darf als bestimmt angenommen werden, daß einer Arbeiterfrau nicht geglaubt werden würde, wenn sie Blumen gestohlen hätte und ihre Leidenschaft für schöne und seltene Pflanzen als Entschuldigungsgrund anführte. Jener vornehmen Blumendiebin wird das Gericht wahrscheinlich Glauben schenken, und es wird ihr mitbedernde Umstände zubilligen, wenn es nicht gar Kleptomanie, moralischen Irrsinn, zeitweilige Geistesumnachtung oder dergleichen annimmt und die Diebin strafflos ausgehen läßt. Wenn Jemand aus Hunger ein Brot stiehlt, so fällt es keinem Gerichtshofe ein, zeitweilige Geistesumnachtung anzunehmen. Und doch ist es gewiß, daß der Hunger noch viel mehr als die Leidenschaft für schöne Blumen die freie Willensbestimmung aufheben und einen Menschen so verwirren kann, daß er nicht mehr weiß, was er thut. Hier paßt jenes bekannte Sprichwort, nur mit einer kleinen Veränderung: „Einem Armen glaubt man nicht, wenn er auch die Wahrheit spricht.“

Der Bourgeois sagt gern: „Armuth schändet nicht,“ oder auch: „Arbeit schändet nicht,“ namentlich wenn es ihm darum zu thun ist, für einen Mann von volksfreundlicher Gesinnung zu gelten. Aber im Stillen denkt er: „Reichthum ehrt,“ und er handelt auch danach. Er zeigt es täglich und überall, daß er dem Arbeiter und dem Armen Mißtrauen und Verachtung entgegenbringt. Ein Arbeiter, der ein Café betritt und sich bescheiden in einer Ecke niederläßt, um eine Tasse Kaffee zu genießen, wird ohne Weiteres hinausgewiesen. Und der Grund der Ausweisung? Es ist nur ein Arbeiter! Man wirft den Führern der Sozialdemokratie vor, daß sie unter der arbeitenden Bevölkerung Erbitterung und Haß gegen die besitzenden Klassen erregen. Aber die Bourgeoisie besorgt das ganz allein, indem sie dem Arbeiter noch das Allerletzte nehmen, indem sie ihm sogar die Ehre absprechen und ihn zu einem Menschen zweiter Klasse herabdrücken will. Die Proletarier müssen dagegen Front machen und ihre Ehre wahren. Das Wort, welches ein freimüthiger Rechtsanwalt kürzlich in einer öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen aussprach, muß wahr werden. Er hatte eine Rednerin als Proletarierin bezeichnet und suchte nun den ihm unvorsichtigerweise entschlüpften Ausdruck, den er von seinem Bourgeoisstandpunkte aus für eine Beleidigung hielt, nachträglich zu mildern. Er fügte nämlich, sicherlich gegen seine innere Ueberzeugung, hinzu, er glaube der Rednerin diesen Namen geben zu dürfen, ja er glaube sogar, sie werde diese ehrenvolle Bezeichnung mit Stolz tragen. Nun wohl, das Proletariat wird und darf auch seinen Namen mit Stolz tragen; denn wenn die Ehre eines Bourgeois sein Geld ist, so ist die Ehre eines Proletariers seine Arbeit.

Prof. Oskar Fränkel, Robert Koch's langjähriger klinischer Beistand im Studium der Tuberkulosefrage (Fränkel war schon 1882 Koch zur Hand, als Letzterer damit beschäftigt war, darzuthun, daß der Tuberkelbazillus überall dort auftritt, wo Tuberkulose besteht), berichtet gestern Abend im Verein für innere Medizin über seine Erfahrungen bei der Anwendung des Koch'schen Heilmittels wider die Lungentuberkulose. Im Allgemeinen ist schon in Koch's Mitteilung von letztem Freitag die Wirkung geschildert worden, welche sein Heilmittel auf Lungensüchtige ausübt. Die Materialien, welche im Einzelnen die Unterlage zu diesem Urtheil bildeten, gab Dr. Fränkel bekannt. Es waren eine stattliche Reihe einflussreicher Geschichteten über den Verlauf, den Lungentuberkulose unter dem Einfluß des Koch'schen Mittels genommen haben. Dr. Fränkel hat seine Beobachtungen an Kranken der Charité in der ihm unterstellten Nebenabtheilung betrieben. Sie erstrecken sich auf eine längere Dauer, so daß ein vorläufig abschließendes Urtheil über den Werth dieser Behandlungsweise zu gewinnen war. Ein besonderes Gewicht giebt diesem Urtheile noch der Umstand, daß es von einem bewährten Kliniker herrührt, dessen Besonnenheit in der Abschätzung klinischer Erscheinungen und therapeutischer Erfolge bekannt ist. Was Dr. Fränkel mittheilt, befriedigt auch überaus lähne Erwartungen. Daß schwere Fälle der Lungenschwindsucht nicht zur Heilung gelangen, ist nicht zu verwundern. Aber die Erfolge, welche bei Affektionen leichteren und mittleren Grades erzielt werden, sind nach Dr. Fränkel die günstigsten. Die Beschwerden des Patienten bessern sich im Verlaufe der Behandlung stetig von Tag zu Tag. Die häufigen Schweißausbrüche nach der Husten nimmt ab, der Auswurf wird später vermindert, und was das Wichtigste ist, der allgemeine Ernährungszustand bessert sich, wie aus der stetigen Gewichtszunahme sich entnehmen läßt. Entsprechend hebt sich das Allgemeinbefinden beträchtlich. Die Zahl der Tuberkelbazillen im Auswurf ist Anfangs (das ist eine Folge der Behandlung) vermehrt; später geht sie herab; es verschwinden die Bazillen erst zeitweilig und später oft dauernd ganz. Unter solchen Umständen kann von

Zur Koch'schen Entdeckung.

Wir berichteten bereits gestern über die Demonstrationen des Professors von Bergmann an dieser Stelle. Heute gehen uns von wissenschaftlicher Seite noch folgende Zeilen zu, die wir wegen der weitgehenden Wichtigkeit der Sache unseren Lesern nicht vorzuenthalten wollen.

Unser Gewährsmann schreibt uns:

Wie schnell Koch's neue Methode zur Heilung der Tuberkulose Eingang und Nachahmung in ärztlichen Kreisen gefunden, mit wie revolutionärer Gewalt diese epochemachende Entdeckung in den Entwicklungsgang der Wissenschaft eingebracht, mit wie athemloser Spannung der Bestätigung und Weiterführung dieses großartigen Gedankens seitens der Ärzte gefolgt wird, davon gab die auf Sonntag, den 16. d. M., Abends 8 Uhr, in dem Operationsaal der königlichen Universitätsklinik, Siegelstraße, auf Veranlassung des Prof. von Bergmann einberufene Versammlung ein bezeichnendes Zeugnis ab. Es war von dem Genannten eine außerordentliche Sitzung der „Freien Vereinigung der Chirurgen Berlins“ einberufen und dazu noch eine große Anzahl anderer Kollegen aus Berlin, Deutschland und dem Auslande eingeladen worden, unter Anderen auch der Kultusminister Herr v. Goltz u. s. w. und der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Herr v. Bergmann gedachte in kurzen, warm empfundenen Worten des genialen Mannes, der durch kein Mittel der Ueberzeugung zu bewegen gewesen sei, selbst zu erscheinen, um die nach seiner Methode behandelten Fälle zu demonstrieren. Leider konnte er dabei nicht unterlassen, mit einigen schmeichelhaften Worten sich an Herrn v. Goltz zu wenden, um ihm für das „großartige Werkmaterial“ zu danken, das ihm in der Königl. Klinik zur Verfügung stehe — eine Anschauung, die wir bei aller Hochachtung vor dem wissenschaftlichen Leistungen dieses Mannes nicht zu theilen vermögen. — Darauf stellte er eine große Reihe von Kranken vor, deren verschiedenartige, sämtlich auf Tuberkulose beruhende Affektionen nach der Koch'schen Methode behandelt worden waren. Es waren dies dreizehn schwere

Fälle von Lupus des Gesichts, der Arme und anderer Körperteile, mehrere Fälle von Ströphulose der Lymphdrüsen am Hals u. s. w., ferner eine große Reihe (18—19) von Entzündungen der Knochen und Gelenke besonders im kindlichen Alter, sowie endlich einige Fälle von Kehlkopf- und Lungentuberkulose. Die Kranken befanden sich in drei verschiedenen Stadien der Behandlung und zwar waren einige bereits einige Zeit (seit dem 6. November) mit Injektionen behandelt, bei anderen war am Vormittag desselben Tages eingespritzt worden, so daß sie sich auf der Höhe des regelmäßig eintretenden Fieberanfalls befanden, bei der dritten Gruppe wurde die Einspritzung vor den Augen der Versammelten vorgenommen. Da das Nähere über die Behandlungsart, die dadurch hervorgerufenen Veränderungen u. s. w. bekannt ist, so können wir uns darauf beschränken, zu konstatieren, daß Punkt für Punkt die von Koch angegebene Reaktion in allen Fällen eintret, und zwar sowohl in Bezug auf das Allgemeinbefinden (Schüttelfrost, Fieber u. s. w., letzteres zuweilen bis 41 Grad C. und darüber), als auch auf die lokalen Krankheitsherde, an welchen die tiefgreifendsten Veränderungen beobachtet werden konnten. Besonders trat dies bei den Fällen von Lupus und den Gelenkentzündungen deutlich hervor. Das Krankheitsbild, das sich dem Beobachter darbietet, ist ein geradezu typisches und wiederholt sich mit absoluter Sicherheit und Regelmäßigkeit ausnahmslos in jedem Falle. Es ist dies von ganz eminenter Bedeutung, wie auch hervorgehoben wurde, für den diagnostischen Werth (d. h. für die Erkenntnis der Krankheitsursache) des neuen Verfahrens, was allein schon genügen würde, dem Urheber desselben ungeheures Verdienst zuzuschreiben.

Denn, wie Herr von Bergmann betonte, ist uns hier zum ersten Male ein Mittel an die Hand gegeben, mit welchem es gelingt, abgesehen von den sonstigen Wirkungen . . . in typischer, genau nach der Dosis zu berechnender Weise Fieber hervorzuufen, ohne dem Patienten damit weiteren Schaden zuzufügen. Noch deutlicher ins Licht gesetzt wurde diese Thatsache durch einige Kontrollversuche an Patienten mit anderen, nicht tuberkulösen Affektionen, z. B. einem Manne mit einer wahrscheinlich syphilitischen (gummiösen) Geschwulst an der Wange, einem zweiten

mit einer Krebsgeschwulst des Kehlkopfs, bei denen die Reaktion auf die bei Tuberkulösen stets wirksame Dosis von 0,01 Kubikzentimeter des Mittels gänzlich ausblieb. Ja, es ergibt sich daraus noch die weitere Folge, daß, wie Koch selbst schon angedeutet, verstedt, selbst bei genauerer Untersuchung nicht festgestellte Krankheitsherde in der Haut, der Lymphdrüsen, der Knochen, Gelenke u. c. durch die durch das Mittel hervorgerufene Reaktion (Schwellung, Röthung, Schmerzempfindlichkeit u.) zur Kenntniss gelangen könne.

Dies wurde denn auch an einigen Kranken mit Lupus, ferner an einer Frau mit einer tuberkulösen Entzündung der Sehnencheiden am linken Arm, sowie an einem Falle von Kniegelenk-Entzündung u. a. auf's Deutlichste bestätigt, da die auf die betreffenden Leiden bestehenden Krankheitssymptome sich erst nach der Injektion bemerkbar machten, während man vorher gar nichts von dem Bestehen der Affektionen geahnt und anderer tuberkulöser Entzündungen wegen die Behandlung eingeleitet hatte. Was die Heilwirkung der neuen Behandlungsweise betrifft, so sind bei der Kürze der Zeit natürlich weder sehr große noch auch absolut sichere Resultate zu erwarten gewesen, insofern war besonders an den Lupusfällen eine deutliche Rückbildung und theilweise Vernarbung an den betroffenen Partien zu bemerken; bei den Gelenkaffektionen äußerte sich die Besserung in Abnahme der Schwellung und Schmerzhaftigkeit der betroffenen Gelenke, sowie in einer Zunahme ihrer beeinträchtigten Beweglichkeit. Bei vielen von ihnen wird, wie dies in der Natur der Sache liegt, ein nachträglicher chirurgischer Eingriff nicht zu vermeiden sein, der aber dann aller Voraussicht nach die definitive Heilung herbeiführen wird. Nachdem Herr von Bergmann noch um die Erlaubnis gebeten, Herrn Koch im Namen der Versammlung ihren Dank auszudrücken, schloß er seine äußerst interessanten Demonstrationen, ohne irgend welche allgemeinen Schlussfolgerungen an dieselben anzuknüpfen. — Herr Oberstabsarzt Dr. Köhler, vom Charité-Krankenhaus, der ebenfalls — bereits seit 4—5 Wochen — Kranke nach der Koch'schen Methode behandelt hat, bestätigte im Ganzen alle Resultate Koch's und der übrigen Ärzte, drückte sich indes in Bezug auf den erzielten Heilseffekt äußerst vorsichtig, ja wenn man wohl sagen etwas

Sozialdemokr. Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Donnerstag, d. 20. d. M., im Lokale der Volksbrauerei, Alt Moabit 47-49:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtv. Friß Zubeil. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstellen des Vereins sich in folgenden Lokalen befinden: Franz Kleinert, Fenn- u. Müllerstr.-Ecke; Louis Wied, Birkenstr. 24; Johann Gnadt, Brunnenstr. 38; Oskar Kleinert, Gartenstraße 171 im Keller; Emil Schmidt, Treslow- u. Diederhofenerstr. Ecke 24. 570

Der Vorstand.

Verein der Plätterinnen Berlins.

Am Donnerstag, den 20. November, Abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei Bölow vor dem Preussischen Thor:

Grosse ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Frau Emma Thier aus Velten. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. 572

Die Mitglieder werden gebeten, recht pünktlich und vollzählig zu erscheinen, da die Tagesordnung von großer Wichtigkeit ist.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins u. Umgegend.

Am Freitag, den 21. November 1890, Nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Schönhauser Allee 28 beim Kollegen B. Nürnberg:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Paul Jeserich über Chemie. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes und Fragelasten. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet

Der Vorstand. 564

Allg. Arbeiterinnen-Verein sämtl. Berufszweige Berlins und Umgegend.

Filiale 5, Charlottenburg. Donnerstag, 20. November, Abends 8 1/2 Uhr: 560

Große Versammlung

im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorfer-Strasse Nr. 39. Tagesordnung: 1. Ueber die Lage der Fabrikarbeiterinnen resp. die Zustände und Lohnverhältnisse in der Eisenschrauben-Fabrik von C. Winkelmann, Alt-Moabit 90/91. Referentin: Frau Subela-Berlin. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, 19. November, Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung

im „Louisenstädtischen Klubhaus“, Annenstraße 16.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Besprechung der Arbeitsnachweise-Angelegenheit. 4. Verschiedenes und Fragelasten. 576

Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Achtung!

Der sozialdemokratische Les- und Diskussionsklub „Emancipation“ (gegründet am 29. Oktober 1890) hält seine Sitzung jeden Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen A. Wagner, Neue Königstr. 59, ab. Gäste willkommen. 575

Kranken- u. Sterbefälle Nr. 55.

Freitag, den 28. November, Abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Bassenlokal, Finien-Strasse 44. Tagesordnung: Beschlußfassung über das eingegangene Schreiben des königlichen Polizeipräsidenten vom 9. November d. J. betreffend die Abänderung der §§ 35, 42 und 50 des Statuts. 558

Der Vorstand.

Allgem. Arbeiterinnen-Verein Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 19. November, Abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Scheffer's Salon, Inselstraße 10. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist nötig. 557

Achtung!

Perlmutterarbeiter!

Donnerstag, 20. November:

Öffentliche Versammlung

in Sahn's Klubhaus, Annenstraße 16. Tagesordnung: 1. Stellungnahme des Streiks bei der Firma V. Ginz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 868

Der Einberufer.

Den Genossen empfehle mich zur Anfertigung von Damen-Mänteln reell und billig. Th. Kallisch, 189 Wienerstraße 62 III.

Unserm Freunde und Genossen **Adolf Schäfer** wünschen zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! Die Revolutionäre von der F. V. d. K.

Unserm Kollegen, dem Maurer Ernst Mischke, zu seinem gestrigen munter verlebten Geburtstag ein nachträglich donnerndes Hoch, daß die rothe ähäre Louisenstadt zittert. Alter Rechenkünster wieviel ist 2 mal 1/4 und siebenzig mal 2 Groschen? Ob's der Schlaftopp raustkriegt? 574

Seine Kollegen vom Ban.

Unserm Freund und Genossen **Felix Orzinski** zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch! Die Radikalen und Pflaumweichen im Westen. 566

Unserm Freunde und Genossen **Hugo Hahn** zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß das Segelboot seinen Gang behält. 562

Die Rothen aus Süd-Ost.

Unserm Restaurateur, Herrn **Willy Schmidt**, zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch, daß die Brangelstraße zittert. 563

Die Morgenröther.

Trikotstoffe in circa 300 Farben für Tailen, Kleidchen, Anzüge, Unterröcke hält stets vorräthig und schneidet jedes beliebige Maass das **Erste Ausschnittgeschäft farbiger Trikotstoffe.** 37a Mohren-Strasse 37a. Geschäftszeit v. 9-7 Uhr.

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 52 **E. Rothert & Stoiz**, Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhauserstr. 25.

Steppdecken!! größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lesföres Fabrik**, 1 Posten Schlafdecken in kleinen reinw. Federn. Stück 4, 6, 8 und 10 Mark. **Werth das Doppelte!!** Illust. Preisliste gratis u. franco.

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **1,50 Mark.** Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 1736 **Rosenthalerstr. 10.** **Gust. Blenk**, (a. d. Auguststr.)

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23, S. P.**



Kranzbinderei

en gros en detail auch Blumen-Geschäft, von **J. Meyer**, Wienerstraße Nr. 1, an der Ecke bei der Mantelstraße.

Doppelbügelige Lorbeerkränze von 50 Pf. an. Kränze, Kränze mit Magnolia, Aucuba, Nespole, Kirschlorbeer, Ilex u. s. w.

Zur Todtenfeier ca. 40 verschiedene Sorten vorräthig.

Mein Geschäft ist schon vom Lausitzer Platz als gut u. billig bekannt. Prämirt auf 20 Gartenbau-Ausstellungen für eigene Einführungen. NB. Um ein geehrtes Publikum vor Täuschungen zu bewahren, bemerke ich, daß sich meine Firma über dem Laden befindet. 456

Telephon Amt 9 9482.

Sieben erschien: **Heft 17.** Dr. W. Zimmermann's **Großer Deutscher Bauernkrieg.** Illustrierte Volksausgabe. Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.** Preis pro Heft 20 Pfennig. Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße 3. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Oberhemden nach Maass. **Federn - Betten.** Federn und Daunenn. 60, 90 Pf. bis 8 Mark. Deckbett, Bissen, Unterbett von 14,75 Mark bis 60 Mark. Fertige Julets, Heberzüge, Laken, Bettdecken. Oberhemden, Herren-, Damen- und Kinderhemden. Tischtücher, Handtücher, Taschentücher. **H. Wessling**, vormals G. E. Matros, Dresdenstraße 134, am Gottbuscher Thor, früher Kommandantenstraße 2. 1650

Hut-Fabrik **OSCAR LISKOW** 47a. Oranienstr. 47a. Ecke Ludauerstraße. **Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarken.** 891

Sämtlichen Gesinnungsgegnern und Bekannten zur Nachricht, daß ich **Mantelstraße 25** eine **Kleider-, neue und alte Kleider-Handlung** eröffnet habe. Empfehle Damen- und Kindermäntel sowie Kleider bei billiger Preisberechnung. Es bittet um gefl. Zuspruch **Otto Mehlmann**, Mantelstr. 25.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt**, Spandauerbr. 6, am Fadeschen Markt. 1746

Artistisch-Photographisches Atelier von **Carl Graefe**, Berlin S., Pringensstraße 11, empfiehlt sich den Freunden und Parteigenossen zur Aufnahme von Portraits, Gruppen, Landschaft u. Reproduktionen. Spez.: Vereine u. Gewerkschaftsgruppen. **Weihnachts-Aufträge** bitte zu beschleunigen.

Tuch-Geschäft von **Carl Gross, Brüderstr. 25**, empfiehlt sich den Freunden und Parteigenossen zur Aufnahme von Portraits, Gruppen, Landschaft u. Reproduktionen. Spez.: Vereine u. Gewerkschaftsgruppen. **Weihnachts-Aufträge** bitte zu beschleunigen.

Nur 1 Mark kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. 1276 **Otto Eleser**, Uhrmacher (Fachmann), Haunynstr. 15, Ecke Mariannensir.

Im Tuchgeschäft **jetzt Oranienstr. 126, I.** Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider etc. Auf Wunsch auch gegen **Scheilzahlungen.** 455

Eisenwaaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe **E. Vogtherr**, Berlin C., Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl. **Stephanstr. 16** (Moabit). (Sonntags geschlossen.)

Durch den Druck wirtschaftlicher Verhältnisse veranlaßt, appellire ich an das Solidaritätsgefühl derjenigen Arbeiter, welche einen Bierkonsum in der Werkstätte eingerichtet haben und solches **nicht von Parteigenossen beziehen**, dasselbe von mir zu entnehmen. Ich verkaufe das beste Weißbier ohne Wasserzusaß zu denselben Preisen, wie andere ihr Verdientes. 403 **Emil Böhl**, Frankfurter Allee 74.

Sieben erschien **Der wahre Jacob Nr. 113.** Zu beziehen durch die Expedition Beuthstraße 3.

Kalauer Abendbrot. Jeden Abend: **Pellkartoffeln mit Leinöl.** **Breslauer Strasse 27.** Restaurant zum Ambos.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein neu eröffnetes **Beiz- u. Bairisch-Bier-Lokal.** **Emil Berndt**, Giesebeth-Ufer 61.

Tüll-Gardinen Fenster 2, 3, 5, 8 M. Stores 1 M. **Fabrikverkauf Zimmerstr. Nr. 86.** Hof part.

Herren- u. Knaben-Filzhüte mit Arbeiter-Kontrollmarken. **Ferdinand Henke**, Donnewitzstr. 1, Ecke Steglitzerstraße.

39. Skalitzerstr. 39 **Kranzbinderei.** Dieserart vieler Vereine. - Trauerkränze in reichster Auswahl **39. zu billigsten Preisen. 39.**

Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. **Rippenstab 2 Pfd. 60 Pf.** 234 **H. F. Dinslage**, Kottbuscherstraße 4, Hof part.

Beste Bezugsquelle für 70 cm B. meisttragen von 50 Pf. an in all. Farben. **P. Kochmann**, Alte Jakobstr. 66.

Dr. Hoesch, homöopath. Med. Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10. **Dither-Unterr.** R. Nickel, Gartenstr. 156.

Arbeitsmarkt. Schloßerlehrling wird verlangt. 559 **Nixdorf**, Berlinerstr. 81.

Töyfer werden verlangt **Bilbeln** Havenerstraße 27 (dauernde Winterarbeit). Ein **Hügler** auf Damen-Mäntel verl. 578 **Waldeemarstr. 62, 3. Etz.**

Der Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter befindet sich **Haunynstraße 78**. Die **Werkstätten-Restaurant Winzer**. Die **Werkstätten-Restaurant Winzer** in der **Wassergasse** findet an Wochentagen Abends von 8-9 1/2 Uhr und Sonntags Vorm. von 10-11 1/2 Uhr an Mitgliedern und Nichtmitgliedern unentgeltlich statt. Ebenso ist die **Bibliothek** Sonntags von 9 1/2-11 Uhr und Mittwochs Abends von 8-9 1/2 Uhr geöffnet. Die **Arbeitsvermittlungs-Kommission**.

Zur Charakteristik unserer Gegner.

III.

Da wir in dem vorigen Artikel des Beispiels der Krankenpflege erwähnten, das von der „Germania“ so klug ignorirt ward, so wollen wir noch mittheilen, wie dasselbe auf die national-liberale Presse gewirkt hat. In der „Magdeburger“ wie in anderen Zeitungen der gleichen Parteirichtung lesen wir folgende angebliche Erwiderung:

„Die Frage nach dem sozialistischen Zukunftsstaat“

hat den Führern der sozialdemokratischen Partei arge Verlegenheiten bereitet. Das „Volksblatt“ schimpft zwar tagtäglich auf die unbehaglichen Fragen, aber es sieht sich doch veranlaßt, den hingeworfenen Knochen immer wieder aufzunehmen. Es scheint danach, als ob auch in den Kreisen der „Genossen“ die Zahl der „naiven“ Neugierigen wachse, die gern etwas Näheres von den „Besten der Welt“ wissen möchten.

Heute wendet sich der Parteimoniteur mit ein paar freundschaftlichen Worten der Abfertigung des Einwands zu, daß es im Zukunftsstaat schwierig sein würde, Leute für die gefährlichen und ekelhaften Arbeiten zu finden. Darauf wird geantwortet, daß es keine gefährlichere, unangenehmere und ekelhaftere Beschäftigung gebe, als die Krankenpflege. Und doch habe es im Gegenwartstaat an Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen nicht gefehlt. Wenn Gehalt der Krankenpflege werde sogar freiwillig und mit Freude verrichtet. Ob wirklich die Krankenpflege die unangenehmste und ekelhafteste Beschäftigung ist, mag dahingestellt bleiben. Die letzte Bemerkung des „Volksblattes“ stellt die von ihm aufgestellte Behauptung selbst schon wieder in Frage, und in der That würden außerhalb des Kreises der Führer, da, wo man die Arbeit nicht nur vom Hörensagen kennt, dem „Volksblatt“ leicht eine große Anzahl gefährlicherer, unangenehmerer und ekelhafterer Arbeiten nachgewiesen werden können, als die Krankenpflege. Aber sehen wir einmal den Fall, die Krankenpflege wäre das, was das „Volksblatt“ behauptet; was in aller Welt berechtigt zu der Annahme, daß der Zukunftsstaat für diese Verrichtung mit derselben Leichtigkeit Personen findet wie der Gegenwartstaat, da doch die Vorbedingungen sich gänzlich verändert haben? Auf die neun Gehalt freiwilliger Krankenpflege wird man im Zukunftsstaat nicht mehr zu rechnen haben. Die christliche Lehre, die jetzt jahraus jahrein Tausende edler Männer und Frauen antreibt, ihre Kraft ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit in den Dienst der leidenden Menschheit zu stellen, wird geduldet und verfolgt sein, wenn man aus Klugheitsrücksichten sich auch heute noch stellt, als ob der sozialdemokratische Staat wirklich sich nach der Phrase des Programms um den Glauben der Genossen nicht kümmern werde. Auch die Krankenpflege in der Familie wird fortfallen; denn selbst wenn die Ehe nicht angelastet werden sollte, so wird doch für ein Familienleben, wie es heute besteht und die Voraussetzung der Familien-Krankenpflege bildet, nicht mehr Platz vorhanden sein.

Nun kann der heutige Staat sich auch für gefährlichere, unangenehmere Arbeiten Arbeitskräfte durch die Gewährung höherer Löhne sichern. Diese Möglichkeit aber ist für den Zukunftsstaat, der nur gleiche Arbeitsleistungen und gleiche Arbeitsentlohnung kennt, nicht vorhanden. Der Wächter, der am Bette eines Cholera-kranken wacht, hat auf eine höhere Entschädigung Anspruch, als der Gärtner, der in gläubiger, gesunder Lust seiner Arbeit nachgeht. Und da glaubt man wirklich noch, daß ohne Zwang sich Arbeiter für die gefährlichen und unangenehmen Beschäftigungen finden werden?

Es wäre wünschenswerth, wenn der Parteimoniteur öfter mit gleich freundlichen Worten der Abfertigung läme. Den denkenden Arbeitern, und das soll ja die Mehrzahl der „Genossen“ sein, kann nicht besser die Phantasterei des Sozialismus nachgewiesen werden, als es mit diesen „freundlichen Worten“ geschieht.

So die „Magdeburger Zeitung“ und andere national-liberale Blätter. Welche Verlogenheit! Welche Konfusion! Und was für Einwendungen! Weil das Christenthum und die Familie im „Zukunftsstaat“ fehlen, wird es keine Aufopferung mehr geben! Weil der „Zukunftsstaat“ kraft des Gleichheitsprinzips dem Einen nicht höhere Löhne bezahlen kann als dem Andern, wird er Niemand haben, der die gefährlicheren und unangenehmere Arbeit verrichtet! Die Kerze in den Pest-Bazaren, die Soldaten, welche sich zur Theilnahme an einer Sturmkolonne melden, werden jetzt wohl nach einem Attest ihrer christlichen Gesinnung gefragt? Oder durch die Aussicht auf „höhere Löhne“ gelockt? Doch wenden wir uns wieder zur Krankenpflege. Will der Artikel-Schreiber es im Ernst leugnen, daß die Krankenpflege eine der unangenehmsten, ekelhaftesten und gefährlichsten Verrichtungen ist? Hat er je Matternranke, Toppusranke gepflegt, wie wir es gesehen haben? Ist er je mit Cholera-kranken zusammen gewesen, wie wir? Und will er dann leugnen, daß es wahr ist, was wir von der Krankenpflege gesagt haben? Und will er etwa behaupten, daß die Menschen — vom Sozialismus ganz abgesehen, — mit zunehmender Bildung und Kultur sich moralisch verschlechtern, so daß für Thaten der Aufopferung und Handlungen der Pflicht sich künftig Niemand mehr findet? Das wäre ja einfach absurd und schlägt der Thatsache menschlichen Fortschritts ins Gesicht.

Und nun noch ein Wort über das Gezeuge nach dem „Zukunftsstaat“. Soweit dasselbe nicht absolute Gewaltlosigkeit ist, entspringt es jener beschränkten Weltanschauung, die in der famosen „Heerdentheorie“ gipfelt, und nach der die Menschen eine Herde von Schaafen sind, und durch einen Leitthier auf Weg und Ziel geführt werden müssen — in den Stall und aus dem Stall. Es ist das alte, mit Metternich verknüpfte Theorem vom patriarchalischen Regiment, das die armen, ihr eigenes Besten nicht kennenden „Untertanen“ fürsorglich und väterlich bevoormundet, ihnen jeden Vortheil verschneidet und womöglich vorkaut, sie vor allen Dingen Bekanntschaft und Thaten behütet, ihnen jeden Schritt und Tritt vorzeichnet, und jede selbständige Bewegung als ein Verbrechen ansieht, — ja als Umsturz und Hochverrath ansieht. Die Theorie ist aber — wie schon gesagt — seit langem veraltet, und zwar weil die Menschen schließlich doch keine Schaaf sind, — mit Ausnahme höchstens der Leirähmel, die sich, in richtiger Selbsterkenntnis, zu dieser Führerrolle deshalb berufen glauben, weil sie die größten der Schaaf waren.

Mit demselben Recht und derselben Vernunft, wie man von einem Fremdenführer in den Zukunftsstaat und für den „Zukunftsstaat“ verlangt, könnte man von jeder Hausfrau, die in eine bessere Wohnung einzieht, verlangen, daß sie vorher erst

ein Examen darüber ablegt, wie sie sich die Zukunftswohnung einrichten will. Der tollste Polizei-Absolutismus ist nie auf eine solche Tollheit verfallen. Und solchen Unsinns sollten wir erst nehmen?

Jedenfalls wollen wir uns den Kopf unserer Kinder nicht zerbrechen. Sie werden sich den „Zukunftsstaat“ schon so gestalten wissen, wie es ihnen gefällt, und sie werden nach ihrer Façon selig werden.

Zum Schluß sei den Zukunftsstaatsfragern noch gesagt, daß der englische Gesellschaftsphilosoph Herbert Spencer ihnen schon vor zehn Jahren Bescheid gegeben hat in seinem „Study of Sociology“ (Studium der Gesellschaftswissenschaft — Ausgabe von 1880, S. 117) mit den Worten:

„Everywhere sociological thinking is impeded by the difficulty of bearing in mind, that the social states towards which our race is being carried, are probably as little conceivable by us as our present social state was conceivable by Norse Pirates.“ — Das gesellschaftswissenschaftliche Denken wird überall durch die Schwierigkeit gehindert, in Gedanken festzuhalten, daß die sozialen Zustände, in welche unsere Rasse getrieben wird, für uns wahrscheinlich ebenso unfaßlich sind, als unser gegenwärtiger Gesellschaftszustand den nordischen Seeräubern unfaßlich war.“

Gerichts-Beitrag.

Anti-Sozialdemokratische Tendenzen im Gerichtssaale. Wir lesen im „Hamburger Echo“: Das zweite gerichtliche Nachspiel des „Steinstraße-Krawalls“ hat nun auch stattgefunden. Die zweite Serie der wegen „Aufruhr“ Angeklagten ist vor der Strafkammer des Landgerichts abgeurtheilt worden.

Hatte schon die am 27. v. Mts. in der gleichen Sache stattgehabte Schoururgerichts-Verhandlung (in welcher es sich um die am schwersten belasteten Angeklagten handelte) den Beweis erbracht, daß nicht die Sozialdemokratie für den „Aufruhr“ verantwortlich sei, daß es lediglich das Produkt einer außergewöhnlichen Augenblicks-Situation war, so fand dieser Beweis in der gestrigen Strafkammer-Verhandlung seine weitere Erhärtung.

Um etwaige „sozialdemokratische Tendenzen“ der Angeklagten, ihre etwaige „Verbindung“ mit der Sozialdemokratie festzustellen, dazu hatte die Anklagebehörde während der mehrmonatlichen Untersuchungshaft der Angeklagten die beste und ausreichende Gelegenheit. Aber sie war in der Gerichtsverhandlung absolut nicht in der Lage, mit diesbezüglichen Ermittlungen zu dienen.

Trotzdem hielt es der die Anklage motivirende Herr Staatsanwalt Roscher angezeigt, in seinem Plädoyer gegen die Sozialdemokratie zu eifern und jene mit Schlagworten, wie sie wohl in anti-sozialdemokratischen Blättern und Versammlungen, aber kaum jemals in einem Gerichtssaale gebraucht worden sind zu belegen. Er meinte, der ganze Aufruhr jener Tage lasse sich nur begreifen, wenn man bedenke, daß die wunderbaren Ideen des Zukunftsstaates der Sozialdemokraten den Leuten die Köpfe verwirrt haben. Leider wären die „wahrscheinlichen Hintermänner“, die sozialdemokratischen Heher, niemals zu fassen, sie schickten die Dummen vor, ließen ihre Marionetten spielen, wären aber selbst nicht greifbar. Wie gefährlich solche Begebenheiten, wenn sie sich wiederholen sollten, müsse wohl ein Jeder einsehen. Es müsse deshalb mit aller Strenge rückständigste vorgegangen werden, um durch exemplarische Strafe abzuschrecken. Davon müssen wohl alle ordnungsliebenden Leute überzeugt sein, daß die Ordnung aufrecht erhalten werden müsse.

Wir haben schon manchen staatsanwaltschaftlichen Ausfall gegen die Sozialdemokratie erlebt, aber einen weniger motivirten, wie diesen, noch nicht. Zwar werden unsere Gegner ja bekanntlich gegenwärtig sehr in Anspruch genommen von der Diskussion, betr. den „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“. Daß jedoch diese Diskussion sich bis in den Gerichtssaal verirren, von einem Staatsanwalt dort geübt werden konnte in einem völlig unpolitischen Prozeß, dürfte nicht bloß uns überrascht haben.

Daß der Herr Staatsanwalt den Aufruhr nur begreifen kann unter der Annahme, die „wunderbaren Ideen des Zukunftsstaates“ hätten den Leuten die Köpfe verwirrt, das ist uns unbegreiflich. Wir würden ihm sehr dankbar sein, wenn er wenigstens den Versuch gemacht hätte, den Zusammenhang der „Zukunftsstaats-Ideen“ mit dem Aufruhr darzulegen. Zwar ist's uns ein Räthsel, wie er das hätte anfangen wollen. Aber um so entschuldbarer ist unsere Neugierde.

Man vergegenwärtige sich Folgendes: Eine der frequentesten Verkehrsstraßen der Großstadt Hamburg wird durch Erlöschen der Gaslaternen plötzlich in Dunkelheit gehüllt. Der lieben Straßenjugend, die gerade in jener Gegend sehr stark vertreten ist, macht das große Späß. Sie fängt an „Al!“ zu treiben, in den auch bald Erwachsene hinein-gezogen werden. Es giebt Geschrei und „Zusammenrottungen“. Einzelne böshafte und rohe Menschen benutzen die Gelegenheit, sich mal gehen zu lassen“. Aus dem harmlosen Al wird ein ernsthafter Anflug. Die Polizei schreitet ein — und der „Aufruhr“ ist fertig.

Das ist ein bekannter althergebrachter Vorgang, wie ihn in Großstädten jede außergewöhnliche Augenblicks-Situation mit sich zu bringen pflegt, und wie er zu den Zeiten, als es noch keine Sozialdemokratie gab, viel häufiger war, als seitdem diese böse Gesellschaft den Leuten die Köpfe verwirrt. Ein Vorgang, so einfach, ja, wir möchten sagen, so selbstverständlich, daß es schier unmöglich ist, Schuldige hinter den Kulissen dafür verantwortlich zu machen.

Der Herr Staatsanwalt hat von „wahrscheinlichen Hintermännern“, den „sozialdemokratischen Hehern“ gesprochen, welche die Dummen vorhuden“. Daß diese ganz allgemein gehaltene Behauptung auf die Führer der hiesigen Sozialdemokratie gemünzt ist, darüber kann kein Zweifel sein. Denn wen anders könnte der Staatsanwalt unter den „Hintermännern“ verstehen? Ohne Zweifel hat er sich von dieser Behauptung eine Einwirkung nicht nur auf die Richter, sondern auch auf die öffentliche Meinung zu Ungunsten der Sozialdemokratie versprochen. Ohne für den ursächlichen Zusammenhang der Krawalle mit der Sozialdemokratie auch nur den Schatten eines Beweises erbringen zu können, wendet er über die Köpfe der Angeklagten hinweg sich gegen die Sozialdemokratie, benutzt er seine amtliche Autorität, der gegnerischen Partei einen Hieb zu versetzen. Aber in demselben Augenblick, wo er das thut, wo er von den „Hintermännern“ spricht, die das Auge des Gesetzes beim besten Willen nicht entdecken konnte und die er also selbst nur als „wahrscheinlich“ bezeichnen kann — in demselben Augenblicke haben wir es in ihm nicht mehr mit dem Vertreter der Anklage, sondern lediglich mit dem politischen Gegner und dem Agitator wider die Sozialdemokratie zu thun. Und lediglich in dieser seiner Eigenschaft beschäftigen wir uns hier mit ihm. Seine amtliche Stellung kann ihn nicht schützen vor einer Kritik, wie wir sie seinen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie zu

Theil werden lassen würden, wenn er sie als politischer Gegner in einer öffentlichen Versammlung gethan haben würde. Und diese Kritik geht Alles in Allem dahin: Die sozialdemokratischen „Zukunftsstaats-Ideen“ haben mit dem Steinstraßen-Krawall gerade so wenig zu thun, wie die diesbezügliche Behauptung des Herrn Dr. Roscher; eben so die „Marionetten“, die Jene spielen lassen. Und deshalb können die betr. Behauptungen des Herrn nicht erachtet werden als solche, die seine Forderung einer abschreckenden exemplarischen Strafe als rechtlich zulässig erscheinen lassen. Wir legen Verwahrung dagegen ein, die Angeklagten für die vom Herrn Staatsanwalt behaupteten „Sünden“ der „wahrscheinlichen Hintermänner“ büßen lassen zu wollen.

Versammlungen.

Fünfter Wahlkreis.

Eine öffentliche Versammlung der Parteigenossen des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises fand am 14. November unter Vorsitz des Genossen Fritz Berndt statt, um die Wahl der Vertrauensmänner dieses Kreises vorzunehmen. Das einleitende Referat hatte Genosse Birch übernommen. Derselbe führte u. A. aus, daß, nachdem die gegnerischen Parteien gesehen, daß die Sozialdemokratie kein Haat von ihren Idealen und Zielen abweicht, sie mit aller Macht den Kampf gegen dieselbe aufgenommen haben. Die Sozialdemokratie dürfe nun nicht warten, bis die Gegner ihre volle Macht entfalten haben, sondern müsse sich organisiren, um aus diesem Kampfe siegreich hervorzugehen. Dies sei nun auch geschehen und der Parteitag in Halle habe eine Organisation angenommen, der sich die Genossen Deutschlands unterordnen würden. Er (Redner) wolle nun einzelne Punkte dieser Organisation erläutern, damit sich die Genossen klar seien, welche Stellung der Vertrauensmann bei Abstimmungen und dergleichen einzunehmen habe, und nach freier Ueberzeugung einem solchen ihre Stimme geben, der die Interessen dieses Kreises am besten vertritt.

Redner unterzieht nun einzelne Paragraphen der Organisation einer Kritik und bemängelt einige derselben, die sich auf den Ausschluß aus der Partei und auf die Wahl des „Berl. Volksbl.“ zum Zentralorgan beziehen. — In der Debatte wandte sich Genosse Fritz Berndt gegen diese Ausführungen des Referenten. Er meint, daß im Organisationsplan klar gesagt sei, daß grobe Verstöße die seien, die gegen das Parteiprinzip und die Grundsätze des Parteiprogramms gefährt werden. Redner findet das „Berliner Volksblatt“ als Parteiorgan geeignet, da dieses ein täglich erscheinendes Blatt sei und somit in der Lage wäre, zu jeder Zeit Angriffe und Beschimpfungen der Partei zu widerlegen und abzuwehren.

Im Uebrigen legte Genosse Berndt alle die Gründe dar, die ihn bewogen, für die einzelnen Punkte der neugeschaffenen Organisation zu stimmen.

Darauf wurde zur Wahl des Vertrauensmannes geschritten und Genosse Gabbert wurde als Vertrauensmann, die Genossen Jacobia, Lamprecht, Gumbel, Mager, Feise, Lopp, Franz Schmidt, Gajewski als Ersatzmann vorgeschlagen.

Gewählt wurde Genosse Karl Gabbert, Friedrichstr. 131, als Vertrauensmann, und Clemens Mager, Sophienstraße 28/29, als Ersatzmann. Unter Verschiedenem sprachen noch die Genossen Griebentrog, Kugbach und Müller. Fritz Berndt drückte den Wunsch aus, daß alle persönlichen Streitigkeiten unterbleiben müssen, jedoch sei eine Kritik in prinzipiellen Dingen nur wünschenswerth und die freie Meinungsäußerung müsse gewahrt bleiben. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Schlächtergesellen-Versammlung.

Die für Donnerstag Abend nach dem Saale der Brauerei Friedrichshain einberufene öffentliche Versammlung, zu welcher besonders die Berliner Schlächtergesellen eingeladen waren, war leider nur sehr schwach besucht; es mochten im Ganzen etwa 250 Personen anwesend gewesen sein. Die Tagesordnung der unter Vorsitz des Herrn Nagmann tagenden Versammlung lautete: „Die Bewegung der Schlächtergesellen Berlins und die Stellung der Berliner Arbeiterschaft ihr gegenüber.“ Referent war Herr Stadtverordneter Otto Klein. Herr Klein führte in seinem Vortrage etwa folgendes aus: Aus dem jungen Leben, das jetzt bei den Schlächtergesellen emporgeblüht ist, kann noch einmal etwas Ordentliches werden. Bisher steckt die Bewegung noch in den Kinderschuhen, sie wird noch schwere Kämpfe zu bestehen haben mit den Meistern. Er beleuchtete das unwürdige Verhalten vieler Meister, welche diejenigen Gesellen in Acht und Bann thun wollen, welche sich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben. Es sei daher notwendig, daß sich die Gesellen von den Meistern emanzipiren, daß sie darauf dringen müßten, als Menschen behandelt zu werden, daß sie sich z. B. Schlafstellen, in denen sie gleich mit geräuchert würden, nicht länger gefallen ließen. Die Meister sagen, fuhr Redner fort, unsere Gesellen kann es nicht schlecht gehen, sie sehen Alle wohlgenährt aus und haben rote Waden. Das kommt daher, daß die Meister nur unverheiratete Gesellen beschäftigen. Verheiratet sich ein Schlächtergeselle, so muß er in den meisten Fällen die Schlächterei aufgeben und einen anderen Beruf ergreifen und das übrige Proletariat drücken. In Maschinenfabriken, bei Feiler und Rossmann und Ludwig Ewwe findet man dann viel gelehrte Schlächter als Arbeiter u. s. w. Die Schlächtergesellen sind heute noch nicht genug aufgeklärt, sie haben noch nicht gelernt, über die eigene Lage richtig nachzudenken; wenn erst diese Erkenntnis allgemein durchgedrungen sein werde, werde die Bewegung auch ganz andere Fortschritte machen. Man hat den Gesellen vorgeworfen, daß sie sich der Sozialdemokratie in die Arme werfen; nun, sie können doch nicht mit ihren Feinden paliren. Jeder Arbeiter muß jetzt eigentlich Sozialdemokrat sein, ist er es nicht, so könnte man bezweifeln, ob er den Namen Arbeiter verdient. Redner ging hierauf auf die Artikel der „Allg. Heilsen-Zeitung“ bezüglich der Teller-Versammlungen näher ein und wies die Verleumdungen des Blattes energisch zurück. Der Referent bekäme oft nicht nur nichts aus den Erträgen der Teller-Versammlungen, sondern müsse sehr häufig noch etwas zulegen. Redner kam dann noch einmal auf die schlechte Behandlung zu sprechen, welcher gerade die Schlächtergesellen seitens ihrer Meister ausgegesetzt seien, er führte ihnen die Mißthaten der überlangen Arbeitszeit und des ganz ungenügenden Lohnes klar vor Augen und empfahl den Gesellen, der Organisation beizutreten. In der Vereinigung allein liege der Erfolg. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende Nagmann forderte hierauf noch einmal zu zahlreichem Eintritt in den Fachverein auf. Herr Blumenstein: Man hat und einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir immer Sozialdemokraten zu Referenten haben. Das ist sehr einfach. Der Hauptzweck unserer Versammlungen ist Aufklärung, nicht Verdamnung. Aufklärung aber können wir von der Innung nicht erwarten. Nur die Sozialdemokratie meint es gut mit uns.

Der Meister Birch hat uns empfohlen, zu sparen und uns

selbständig zu machen. Gerade ihm hat Kollege Jahmann be- weisen, daß er nicht durch Sparsamkeit, sondern durch das er- hehrliche Bemühen zu seiner Wohlhabenheit gelangt ist. Er hat Peter und Moritz werden wir mit der Sozialdemokratie geben. Die Organisation wird unsere Lage bessern; freilich ohne Kampf kein Sieg; wir können auf die Unterstützung der übrigen Ar- beiterchaft in diesem Kampfe rechnen und das wird uns er- muthigen.

Herr Schwarz bedauerte zunächst den schlechten Besuch der Versammlung. Freilich müsse man in Betracht ziehen, daß noch sehr viele Gefellen jetzt um 11 Uhr Abends mit dem Wiegemeßer hantieren. Die Meister zwingen die Ge- sellen zu Hause zu bleiben, damit sie die Versammlungen nicht besuchen könnten. Redner wandte sich an die Berliner Arbeiter- schaft mit der Bitte, doch ja die von der Berliner Streik-Kontroll- Kommission ausgesprochenen Boykotts aufrecht zu erhalten. Er forderte in warmen Worten die Gefellen zur Unterstützung des Fach- vereins auf, der mit dem Plane umgehe, den Gefellen in ihrem Gewer- vereins-Hause eine neue Herberge zu errichten, wo dann die Ge- sellen zur Hälfte des Preises schlafen könnten, den sie jetzt zahlen müßten. Die Meister hätten vielfach vom Fachverein ganz falsche Vorstellungen. Derselbe werde gegen anständige Meister nie agitieren, er wolle nur die Lage der Gefellen heben. Auch sei er nicht spezifisch sozialdemokratisch, sondern habe weder eine religiöse noch politische Tendenz. Wegen schlechter Schlafstellen sollten sich die Gefellen nur an die Polizei wenden; diese werde dann schon Abhilfe schaffen. Man spreche jetzt so viel vom Streik. Der Fachverein habe erst 800 Mitglieder, an einen Streik sei jetzt noch nicht zu denken, dazu müssen erst die Fleischer in ganz Deutschland organisiert sein. Die Bestrebungen des Fachvereins seien vornehmlich auf bessere Behandlung und bessere Schlaf- räume gerichtet. Habe man das erst erreicht, dann wäre es Zeit, mit Lohnforderungen an die Meister heranzutreten. Wenn die Meister nur einigermaßen wollten, könne aller Streit gütlich bei- gelegt werden.

Die nächsten Redner: Aurin, Kulide, Köpcke und Tello erklärten alle ihr Einverständnis mit dem Referenten und sprachen sich in ähnlichem oder demselben Sinne aus. Nach einem Schlussworte des Referenten wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die Teilnehmer an der heute bei Lips tagenden Volksversammlung erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und werden danach streben, den Verein in jeder Hinsicht zu unterstützen und soweit dies noch nicht der Fall, Mitglieder des Fachvereins zu werden.“

Beim letzten Punkt der Tagesordnung, „Verschiedenes“, wur- den besonders die Mißstände im Geschäft des Schlächtermeisters Bergemann, Friedrichstraße, erörtert und lebhaft über die über- lange Arbeitszeit von Nacht zu Nacht und die schlechten Schlaf- räume der Gefellen gellagt. Außerdem wurde beschlossen, die über Schlächtermeister Sagert, Zentral-Marktstraße, Stand Nr. 10, und Schlächtermeister Hebrberg, Oderbergerstraße 37, verhängten Boykotts aufrecht zu erhalten. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung um 1 Uhr Nachts geschlossen.

Drehtier.

Eine öffentliche Drehtierversammlung tagte am 16. d. M. bei Scheffer, Inselstraße 10, unter Leitung des Kollegen Lutz, beabsichtigt Stellungnahme zur Wahl des Gefellenausschusses der Drehtierinnung. Anfänglich hieß es, daß der Innung das Recht zuerkannt sei, sich einen Gefellenausschuß zu ernennen. Diese Nachricht wurde in- dessen hinsichtlich durch die Aufforderung der Aufsichtsbehörde, eine ordnungsmäßige Wahl vorzunehmen. Infolge dessen hat sich, wie der Referent, Kollege Gildesbrandt, bekannt gab, der Innungsvorstand bereit, bei allen Innungsmeistern für die dort beschäftigten Gefellen Stimmzettel zur Ausfüllung zu verteilen. Besagte Stimmzettel besagen, daß jeder Gefelle wahlberechtigt ist, der drei Monate mindestens bei Innungsmeistern beschäftigt ist, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt habe. Auf die Stimmzettel seien 6 Namen aufzuführen und so ausgefüllt bis zum 18. d. M. an den Obermeister einzusenden. Referent beleuchtete in ein- gehender Weise diese Machination, den Werth der Wahl eines Innungs-Gefellenausschusses in Anbetracht der gänzlich einfluß- losen Stellung des Ausschusses und empfahl, von einer Wahl Abstand zu nehmen und beantragte folgenden Protest an die Ge- werbedeputation zu richten:

„Protest der öffentlichen, von etwa 200 Personen be- suchten Versammlung der Drehtier Berlin vom 16. No- vember 1890 gegen die projektirte Wahl des Innungs- Gefellenausschusses der Berliner Drehtierinnung.“

In Erwägung, daß die Berliner Drehtierinnung sich beharrlich weigert, dem Gefellenausschusse irgend welche Rechte einzuräumen,

in weiterer Erwägung, daß der Wahlmodus, der jetzt vom Innungsvorstand vorgeschrieben ist, der Gefellenschaft jede Kontrolle über den Wahlakt nimmt,

in weiterer Erwägung, daß es wohl nur Wenigen möglich ist, zu wissen, wo diejenigen Personen beschäftigt sind, denen sie event. ihre Stimmen geben würden,

in weiterer Erwägung, daß die Kollegen ohne Vorbe- sprechung nicht in der Lage sind, bestimmen zu können, wer drei Monate bei Innungsmeistern beschäftigt ist,

erucht die Versammlung eine wohlthätige Gewerbe- deputation, die event. Wahl des Gefellenausschusses der Berliner Drehtierinnung zu kasstriren, da durch diese Wahl nicht der Gesamtwillen der bei Innungsmeistern be- schäftigten Drehtiergesellen zum Ausdruck kommt, sondern die Wahl nur von einzelnen Werstätten vollzogen wird.

Die Versammlung erucht die wohlthätige Gewerbe- deputation, den Vorstand der Innung anzuweisen, eine Drehtiergesellen-Versammlung einzuberufen zur Vor- besprechung und Wahl des Ausschusses, welche von den Gefellen geleitet wird, und zu dieser Versammlung einen Vertreter der Gewerbe- deputation zu entsenden.

Gleichzeitig erucht die Versammlung, zu der an- geregten Drehtiergesellen-Versammlung den anerkannten Vertretern den Zutritt und das Wort zu gestatten.“

Dieser Protest gelangte ohne Widerspruch und ohne Debatte zur einstimmigen Annahme. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, diesen Protest unverzüglich an die Gewerbe- deputation gelangen zu lassen und denselben ein Exemplar der gedachten Stimmzettel beizufügen. Auch wurde beschlossen, der Aufforderung des Obermeisters der Drehtierinnung nicht zu entsprechen und keinen Stimmzettel an denselben einzusenden. Der öffentlichen Versammlung schloß sich eine kombinierte Mitglieder- Versammlung an.

Arbeiterinnen.

Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 6. dieses Monats fand am 13. dieses Monats abermals eine öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung statt. Dieselbe war bedeutend besser, namentlich auch von Arbeiterinnen besser besucht, als die erste Versammlung, trotzdem sie in einem sehr entlegenen Lokale, nämlich im Elysium, Lands- berger Allee, stattfinden mußte, weil, wie die Einberuferin, Frau v. Hoffstetten, bekannt gab, ein anderes Lokal nicht zu er- langen gewesen sei. Der Dekonom von „Buggenhagen“, Moritz- platz, habe es ganz einfach abgelehnt, sein Lokal für öffentliche Arbeiter-Versammlungen herzugeben, ebenso sei das „May'sche Lokal“ in der Beuthstraße für die „Frauen-Versammlung“ ver- schlossen geblieben. Frau v. Hoffstetten eruchte, da beide Lokale im Verlehs-Almanach stehen, sowohl die Lokalkommission wie auch die Berliner Arbeiterchaft, von diesen Vorkommnissen Notiz zu nehmen. Die Tagesordnung lautete nicht, wie ursprünglich

beschlossen: „Lokale oder zentrale Organisation?“ sondern war abgeändert in: „Die Gewerkschafts- konferenz und ihre Bedeutung für die Ar- beiterinnen“, weil, wie die Referentin, Frau Jhrer, aus- sägte, die vorige Versammlung erwiesen habe, daß unter den Arbeiterinnen über die Gewerkschaftsbewegung noch wenig Klar- heit herrsche, und die Organisationsfrage im Referat und in der Diskussion mit behandelt werden könne. Referentin legte denn auch den Unterschied zwischen „Konferenz“ und „Kongress“ klar, betonte, daß zu ersterer nur Vertrauenspersonen, nicht Delegirte zu wählen seien und erörterte in eingehender Weise die Noth- wendigkeit, daß die Arbeiterinnen Vertrauenspersonen wählen, welche außerhalb der eng gesteckten Grenzen der Fachvereine die Agitation und Organisation wirksam betreiben. Im All- gemeinen hätten die Arbeiterinnen dieselben Forderungen zu stellen, wie die Arbeiter, doch hätten erstere nicht zu vergessen, daß sie in der Arbeiterbewegung hinter den letzteren noch ein gutes Stück zurück seien und ihnen demzufolge noch eine schwere Arbeit zu vollbringen obliege, um nachzukommen. Und dies müsse geschehen, denn sonst würden die Frauen nach wie vor von den Männern nicht für „voll“ angesehen. So sei noch auf dem Kongress der Zigarlenarbeiter die Frauenarbeit bekämpft worden. Auch würden die Frauen von den Männern noch viel zu sehr vernachlässigt. Bisher seien es vorwiegend nur die Tabakarbeiter gewesen, welche die Arbeiterinnen auf die gleiche Stufe mit den Arbeitern gestellt hätten. Unter den Männern seien noch viele veraltete irrige Anschauungen zu beseitigen, de- halb hätten die Frauen für sich selber einzutreten, sich immer mehr am öffentlichen Leben zu betheiligen, sich zu organisiren und sich auf Kongressen und Konferenzen vertreten zu lassen. Bezüg- lich der Organisationsform lasse sich keine Schablone schaffen. Die Frage, ob lokale oder zentrale Organisation, hielten, da hierbei politische Erwägungen in Betracht kämen, die einzelnen Gewerks- chaften zu untersuchen und zu entscheiden. Für die Frauen kämen derartige Erwägungen, da sie keine politischen Rechte besäßen, in Be- tracht, und sie könnten sich ohne Frage zentral organisiren. Die Gewerks- chaftsorganisationen hätten die Vorarbeit zu leisten für die Befreiung der Arbeiter von den Fesseln des Zwangsvertrages, der polizeilichen Bevormundung und des Vorurtheils. Hierin hätten Männer und Frauen Hand in Hand zu gehen. Das Weitere sei politische Ar- beit, doch auch diese werde geleistet werden. Der Frau solle der gleiche Antheil an der Arbeit zu, wie dem Manne, deshalb hätten sich die Arbeiterinnen den Organisationen anzuschließen und da- für zu wirken, daß eine gerechtere Vertheilung des Bestes Platz- greife, daß Jeder den ihm gebührenden Antheil an dem Ertrage seiner Arbeit erhalte, daß der sozialdemokratische Staat verwirk- licht werde. Bezüglich der Gewerkschaftskonferenz empfahl Rednerin, für die hauptsächlichsten Branchen Deutschlands nur eine Vertrauensperson zu wählen. Es handle sich hier nicht um die Interessen einzelner Vereingeh, sondern um die der Allgemeinheit. Da von Hamburg, Hannover, Dresden, Gera bereits Vertrauenspersonen für die Fabrik- und Handarbeiterinnen, für die Schuh- und Schäftebranche, für die Textil- branche zur Konferenz angemeldet seien, so eruchte Rednerin, für Berlin nur die Konfektions- und Wäsche- branche und die Plätterinnen in Betracht zu ziehen. Die ausgedehnte Diskussion gab zu einer lebhaften und eingehenden Erörterung der heutigen Verhältnisse Gelegenheit und es betheiligten sich an derselben Herr Krause, Herr Dick, Herr Feldmann, Herr Treuherz, Fräulein Wabnitz, Frau Grothe, Frau Jhrer, Frau Jabel, Frau Gubela, Herr und Frau Wengels, Frau Klutowski, Fräulein Chaim u. A. Von allen Rednern und Rednerinnen wurde die Organisation der Frauen befürwortet und deren Gleichberechtigung mit den Männern verfochten. Eine weitere lebhaft debattirte veranlaßte die Frage der zu wählenden Vertrauenspersonen zur Gewerks- chaftskonferenz, indem mehrfach der Standpunkt vertreten wurde, daß in Berlin für jede Branche eine Vertrauensperson gewählt werden solle. Es gelangte schließlich der Antrag Wabnitz, nur zwei Vertrauenspersonen zu wählen, zur Annahme. Gewählt wurden Fräulein Wabnitz für die Konfektionsbranche und Frau Klutowski für die Wäsche- und Plätterbranche. Mit Er- ledigung des Punktes „Verschiedenes“, unter dem auch das Aus- treten der Frau Kolbe in den Frauen-Versammlungen, welches der gegnerischen Presse eine willkommene Gelegenheit bietet, die Frauenbewegung lächerlich zu machen, besprochen wurde, schloß die Versammlung. Mit einem Hoch auf die internationale Sozial- demokratie trennten sich die Anwesenden.

Freie Liebe

war das Thema einer sehr zahlreich besuchten Volksversamm- lung in „Königs Hof“, Bülowstr. 38-42, über welches Herr Peus referirte. Derselbe führte aus, daß es der freien Liebe bisher ebenso ergangen sei, wie den meisten sozial- demokratischen Idealen: sie wurde von den Gegnern viel ge- schmäht, weil selten oder nie verstanden. Er übergehe die wählten Ideen, welche die Gegner mit dem Begriff freier Liebe verbanden. Die freie Liebe sei nichts weiter als die Freiheit der Liebe, die Befreiung der Liebe von ihrer Unterdrückung durch ökonomische Interessen; eine derartige Gestaltung der Gesellschaft, daß auch diese Seite des Menschenlebens, das Liebesleben, nach seiner körperlichen, seelischen und geistigen Seite hin, sich rein aus sich selber frei entwickeln könne, ohne beständig durch das Ankauf der Rücksicht auf den materiellen Unterhalt überwacht zu werden. Freie Liebe sei heute ebenso unmöglich, wie freie Wissen- schaft und freie Kunst. Nicht die Schlechtigkeit der Menschen sei daran schuld, sondern die mangelhafte soziale Organi- sation hindere das Ausblühen und Gedeihen des höheren geistigen und seelischen Lebens. Im allgemeinen gleiche das Liebesleben der heutigen Gesellschaft einer grauenvollen Wüste, inmitten welcher nur selten die Liebe zu freier Geltung und schöner Entwicklung gelange. Darauf ging Referent auf die Um- wandlung ein, welche die Befreiung des Privatlebens um den Unterhalt und die ökonomische Selbstständigkeit der Frau für das Liebesleben der Menschheit zur Folge haben müsse und wies nach, wie unermeßlich reich und freier sich das Liebesleben ge- stalten könne, wenn die Liebeswahl von Nebenrücksichten un- beeinflusst bleibe und wenn Mann und Weib vor allem auch in geistiger Beziehung wirklich ein einheitliches Paar bildeten. Ehe- zwang werde vermuthlich später fortfallen, da derselbe mehr der ökonomischen Einheit, welche die heutige Familie darstelle, gelte. Eine größere Kurzlebigkeit der zukünftigen Ehen aber deshalb anzunehmen, liege nicht die mindeste Veranlassung vor, da ja doch einmal alle die Gefahren, welche heute für die Zerstörung des Liebesglückes durch das Ueber- wuchern der Nebenrücksichten und die starke Zurück- drängung der eigentlichen Liebesneigung herausbesprochen würden, fortfielen und andererseits die zukünftigen Don Quixos bei den nicht mehr auf Unterhalt seitens der Männer angewiesenen Frauen schwerlich Anlang finden dürften. So zeige sich also, daß die vielgeschmähte freie Liebe nichts von der Unmöglichkeit der Sozialdemokratie Erdacht und Gemacht sei, sondern vielmehr aus der ökonomischen Entwicklung ganz von selber erwachsen und in sittlicher Beziehung einen eminenten Fortschritt bezeichnen werde. Nur die „aus Unverständnis und Bosheit geborene Sozial- demokratie der Gegner“ zeige also allenthalben die Frage, welche die Gegner sich selber zurechtgeschritten. Drum sei es Pflicht jedes Sozialdemokraten, erstens sich selber gründlich aufzuklären und dann überall weiter selbst aufklärend zu wirken. (Großer Beifall.) — Ein Antrag von Frau Babich auf Gründung eines Frauenvereins in dem arg vernachlässigten Weiten, wurde ein- stimmig dahin verändert angenommen, daß das Bureau beauftragt wurde, demnächst mehrere solcher Volksversammlungen für den Westen einzuberufen.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Für diesen Wahlkreis fand am Sonntag in Rixdorf eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung unter dem Vorsitz des

Herrn Mielenz (Johannisthal) statt, um zur Wahl von Ver- trauensleuten Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hatte Genosse Heindorf übernommen. Es setzte den Organisationsplan auseinander und seine Er- fahrungen wurden mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion betheiligten sich die Genossen Mielenz, Wurbs, Niemetzsch, Wesel, Albrecht, Steinmar, Lasser. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, für Rixdorf zwei Ver- trauensleute zu wählen, sowie den anderen Orten des Kreises, dem Vorschlag entsprechend, es zu überlassen, selbständig Ver- trauensleute zu wählen. Es wurden nun für Rixdorf die Genossen Ostermann und W. Schütz vorgeschlagen. Zu diesen Vorschlägen sprachen verschiedene Genossen. Unter ihnen bedauert Stein- mar, daß die Genossen, welche in der politischen Bewegung an der Spitze stehen, die gewerkschaftliche links liegen lassen. Er fragt die Kandidaten, wie sie sich dazu verhalten. Dieselben erklären, daß sie die gewerkschaftliche Bewegung voll unterstützen werden. Gewählt wurde nun Ostermann gegen 9 Stimmen und W. Schütz einstimmig. Beide versprechen, den ihnen auferlegten Pflichten voll und ganz nachkommen zu wollen; die Parteigenossen sollten sie aber auch ebenso freudig unterstützen. Unter Verschiedenem wurde der Wunsch nach einer endgiltigen Regelung der Angelegenheit Krüger laut. Es sprachen unter anderen zu dieser Angelegenheit die Genossen Lasser, Stein- mar, Wurbs, Wesel, Heindorf.

Krüger ergriff das Wort, um möglichst schnelle und objektive Untersuchung des ihm vorgeworfenen zu erbitten. Die Versamm- lung beschloß einstimmig, eine Neuwahlkommission zur Untersuchung der Angelegenheit zu wählen. Gewählt wurden: Mielenz (Johannisthal); Kautmann (Köpenick); Morgen- roth und Bunge (Charlottenburg); Schütz, Anos und A. Schulz (Rixdorf); Donner (Wilmersdorf) und Albrecht (Schöneberg). Einer der Genossen beklagte sich darüber, daß manchen Sonntag in Rixdorf vier Versamm- lungen stattfinden, von denen keine recht besucht sei. Es wurden außerdem noch mehr Klagen über unregelmäßige Versammlungs- Einberufen laut. Die beiden neugewählten Vertrauensleute ver- sprechen, darin Abhilfe schaffen zu wollen. Nachdem noch dem Komitee vom Arbeiterfest des 30. September Decharge erteilt, sowie der Uebersehung der Zellerfassung dem Genossen Schacht in Nowawes übermittelte worden war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ge- schlossen.

Die freie Volkshöhne hatte Freitag Abend nach Sanssouci eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen einberufen. Der Vorsitzende Dr. Wille erlebte zuerst einige ge- schäftliche Angelegenheiten und gab dann zu dem vorzutragenden Gedicht „Tul und Nahla“ von Heinrich Hart eine kurze Inhalts- angabe und einige Erläuterungen. Dieses Gedicht bildet den ersten Theil einer Reihe von Gesängen, in denen die gesamte Entwicklungsgeschichte der Menschheit von den ältesten Urzeiten bis in die Neuzeit geschildert werden soll. Vollenbet und theil- weise schon erschienen sind davon vier Gedichte: Tul und Nahla, Nimrod, Mose, Die Seefahrer. Das erste Epos spielt in vor- geschichtlicher Zeit, wo uns sowohl Menschen als auch Thiere hältnisse ganz fremd erscheinen. Die Menschen haben noch nicht die letzten Ueberbleibsel ihrer thierischen Abstammung abgestreift, sie leben noch in dem urwüchsigsten Kommunismus, wie wir ihn bei Engels so trefflich geschildert finden, es giebt bei ihnen noch keine Ehe, die Weiber sind Gemeingut, genau so wie die Früchte und die Wild. Weit entfernt von aller Kultur sind ihre einzigen Waffen und Werkzeuge, die Steinkeule, die Bastfingerringe und der knöcherne Angelhaken. Da schildert der Dichter nun in den lebendigsten und vor allem in natürlichen Farben, wie sich zwei Menschen aus der Mitte ihrer Volksstämme emporheben zu einer höheren Kulturstufe; es sind das Tul und Nahla, sie müssen stehen und begründen in der Stinnde, wohl die ersten Menschen, welche abgefordert von dem Stamm leben, einen eigenen Haus- stand und ein Eheleben. Unter dem Stachel der Noth werden sie zu Erfindungen getrieben, sie entdecken das Feuer, sie be- ginnen Hausthiere zu zähmen. Der Dichter schildert dann weiter, wie sich die Familie bildet. Am Schluss haben wir ein groß- artiges Naturereignis, ein Erdbeben. Bei dieser Katastrophe findet Tul, Nahla schon vorher gestorben, seinen Untergang. Das Gedicht wurde von Richard Dehmel vorgetragen, athemlos laufte die Menge den packenden Schilderungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Ladierer aller Branchen tagte am Sonntag. Da der Referent frankheitshalber am Erscheinen verhindert war, mußte der erste Punkt der Tagesordnung ausfallen. Zunächst erstattete der Kassirer den Quartalsbericht: Bestand 40,90 M. Nachdem die Referenten die Richtigkeit bestätigten, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Von mehreren Rednern wurde über das Verhalten der Filiale dem Fachverein gegenüber gellagt. Hiergegen wurde Protest erhoben und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Ladierer weist den Vorwurf, welcher laut Bericht einer öffentlichen Versammlung der Ladierer gemacht wurde, daß der Verein ein Vergnügungsverein ist, mit Entschiedenheit zurück. Der Verein hat seit seinem fünfjährigen Bestehen nur seine Stiftungsfeste gefeiert. Ferner glaubt der Verein behaupten zu können, daß derartige Beschuldigungen, welche mehrfach öffentlich ausgesprochen worden sind, und hauptsächlich vom Leiter der Filiale IV. der deutschen Maler, Ladierer und Anstreicher aus- gehen, die allgemeine Arbeitersache nicht fördern, sondern schädigen. Infolge dessen erwartet sich der Fachverein der Ladierer gegen die Behauptung falscher Thatsachen. Er steht laut Statut und ganz auf dem Boden des allgemeinen Arbeiterprinzips und wird sich durch derartige Gebahren nicht zerplittern lassen. Nachdem noch der Vorsitzende bekannt gemacht, daß in der nächsten Versammlung ein Vortrag über Geschlechtskrankheiten stattfinden sollte, schloß derselbe die vom besten Weiste besetzte Versammlung.“

Die Berliner Glasarbeiter waren am 12. November er- äußert zahlreich im Lokale Dresdenerstr. 45 versammelt, um sich an den Verband der deutschen Glasarbeiter anzuschließen und die Wahl eines Bevollmächtigten nebst Besitzern vorzunehmen. Nachdem Kollege Mager einige Ausführungen über die Aufgaben des Verbandes gemacht, wurden die Kollegen Adolf Richter als Bevollmächtigter, Wilhelm Hönike, Franz Schmidt und Gustav Hamann als Besitzler gewählt. — Im Weiteren wurden noch innere Angelegenheiten erlerigt, und nach einer Mahnung der Kollegen Richter, der ausgesprochenen Bergedorfer Glasarbeiter zu gedenken, die Versammlung geschlossen, welche vom besten Weiste erestalt war.

Eine öffentliche Versammlung der Sattler tagte am Mittwoch unter Vorsitz des Kollegen Asmann. Der Referent Herr Thierbach, war leider verhindert, zu erscheinen. Kollege Vömbin übernahm hierauf das Referat über die wirtschaftliche Lage und unsere Stellung zu derselben und löste seine Aufgabe zur Zufriedenheit der Versammlung. Zum Schluss empfahl der Vortragende den Kollegen, sich Mann für Mann den hier be- stehenden Organisationen anzuschließen. An der sehr regen Dis- kussion betheiligten sich besonders die Kollegen Asmann und Pöhl. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich deshalb, sich den hier bestehenden Organisationen anzuschließen.

Charlottenburg. Am 5. November fand eine Versamm- lung des allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins sämtlicher Bezirke zweier Berlins und Umgegend, Filiale V., Charlottenburg, statt. Herr Häbich hielt einen Vortrag über Volksbildung, der einen Beifall fand. Zum Schlusse legte er jeder Arbeiterin und Arbeiter ein Buch an, welches dem allgemeinen Arbeiterinnen-Verein anzuschließen, der Verein stark wurde. Da weiter nichts vorlag, schloß die Ver- sammlung um 10^{1/2} Uhr die Versammlung.